

## **ÄNDERUNGSANTRÄGE 001-118**

vom Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

### **Bericht**

**Julie Girling**

**A8-0249/2015**

Emissionen bestimmter Luftschadstoffe

Vorschlag für eine Richtlinie (COM(2013)0920 – C7-0004/2014 – 2013/0443(COD))

---

### **Änderungsantrag 1**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Erwägung 1**

##### *Vorschlag der Kommission*

##### *Geänderter Text*

(1) In den vergangenen 20 Jahren wurden in der Europäischen Union durch eine gezielte EU-Politik, zu der auch die Mitteilung der Kommission über die „Thematische Strategie zur Luftreinhaltung“<sup>15</sup> von 2005 gehört, erhebliche Fortschritte bei den anthropogenen Emissionen in die Luft und bei der Luftqualität erzielt. Die Richtlinie 2001/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates<sup>16</sup>, mit der für die Jahresgesamtemissionen der Mitgliedstaaten an Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>), Stickstoffoxiden (NO<sub>x</sub>), Ammoniak (NH<sub>3</sub>) und flüchtigen organischen Verbindungen außer Methan (NMVOC) ab 2010 Obergrenzen gesetzt wurden, hat maßgeblich zu diesen Fortschritten beigetragen. Dies führte zwischen 1990 und 2010 zu einem Rückgang der SO<sub>2</sub>-Emissionen um 82 %, der NO<sub>x</sub>-Emissionen um 47 %, der NMVOC-

*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Emissionen um 56 % und der NH<sub>3</sub>-Emissionen um 28 %. Wie aus dem „Programm Saubere Luft für Europa“ („überarbeitete Thematische Strategie zur Luftreinhaltung“)<sup>17</sup> hervorgeht, sind die Schädwirkungen und Risiken für die Umwelt und die menschliche Gesundheit jedoch noch immer bedeutend.

---

<sup>15</sup> Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Thematische Strategie zur Luftreinhaltung, KOM(2005) 446 endgültig.

<sup>16</sup> Richtlinie 2001/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2001 über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe, ABl. L 309 vom 27.11.2001, S. 22.

<sup>17</sup> Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Ein Programm „Saubere Luft für Europa“, COM(2013) XXX.

*Betrifft nicht die deutsche Fassung.*

## **Änderungsantrag 2**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 2**

#### *Vorschlag der Kommission*

(2) Im Siebten Umwelt-Aktionsprogramm<sup>18</sup> wird das langfristige Ziel der EU-Luftqualitätspolitik, ein Luftqualitätsniveau zu erreichen, das nicht mit erheblichen Schädwirkungen und Risiken für die Umwelt und die menschliche Gesundheit einhergeht, bestätigt und gefordert, dass die derzeitigen Luftqualitätsvorschriften der EU umfassend eingehalten, strategische Ziele und Aktionen für die Zeit nach 2020 festgesetzt und die Bemühungen in Gebieten verstärkt werden, in denen die Bevölkerung und die Ökosysteme einem hohen Luftverschmutzungsniveau

#### *Geänderter Text*

(2) Im Siebten Umwelt-Aktionsprogramm<sup>18</sup> wird das langfristige Ziel der EU-Luftqualitätspolitik, ein Luftqualitätsniveau zu erreichen, das nicht mit erheblichen Schädwirkungen und Risiken für die Umwelt und die menschliche Gesundheit einhergeht, bestätigt und gefordert, dass die derzeitigen Luftqualitätsvorschriften der EU umfassend eingehalten, strategische Ziele und Aktionen für die Zeit nach 2020 festgesetzt und die Bemühungen in Gebieten verstärkt werden, in denen die Bevölkerung und die Ökosysteme einem hohen Luftverschmutzungsniveau

ausgesetzt sind; zudem sollten verstärkt Synergien zwischen den Luftqualitätsvorschriften und den politischen Zielen der EU, namentlich in den Bereichen Klimaschutz und Biodiversität, angestrebt werden.

ausgesetzt sind; zudem sollten verstärkt Synergien zwischen den Luftqualitätsvorschriften und den politischen Zielen der EU, namentlich in den Bereichen Klimaschutz und Biodiversität, angestrebt werden. ***Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik für den Zeitraum 2014-2020 haben die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, mit konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität beizutragen. Wie diese Maßnahmen im Einzelnen wirken, wird im Zuge einer künftigen Bewertung verdeutlicht werden.***

---

<sup>18</sup> Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über ein allgemeines Umweltaktionsprogramm der EU für die Zeit bis 2020 „Gut leben innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten“, COM(2012) 710 final vom 29.11.2012.

---

<sup>18</sup> Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über ein allgemeines Umweltaktionsprogramm der EU für die Zeit bis 2020 „Gut leben innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten“, COM(2012) 710 final vom 29.11.2012.

### Änderungsantrag 3

#### Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 4 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(4a) Die Mitgliedstaaten und die Union sind Vertragsparteien des Übereinkommens von Minamata über Quecksilber von 2013, das auf die Verbesserung der menschlichen Gesundheit und des Umweltschutzes durch die Verringerung der Quecksilberemissionen aus bestehenden und neuen Quellen abzielt. Im Einklang mit den Forderungen, die in der Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 28. Januar 2005 über eine Gemeinschaftsstrategie für Quecksilber und im Übereinkommen von Minamata über Quecksilber formuliert wurden, sollte diese Richtlinie zur Verringerung der Quecksilberemissionen in der Union***

**beitragen.**

### *Begründung*

*Als Unterzeichner des Übereinkommens von Minamata sollten die EU und die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die NEC-Richtlinie zur Verringerung der Quecksilberemissionen beiträgt, da diese Emissionen schwerwiegende Folgen für die menschliche Gesundheit haben.*

### **Änderungsantrag 4**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 6**

##### *Vorschlag der Kommission*

(6) Die mit der Richtlinie 2001/81/EG eingeführte Regelung für nationale Emissionshöchstmengen sollte daher überarbeitet und **mit den** internationalen Verpflichtungen **der EU und der Mitgliedstaaten in Übereinstimmung gebracht werden.**

##### *Geänderter Text*

(6) Die mit der Richtlinie 2001/81/EG eingeführte Regelung für nationale Emissionshöchstmengen sollte daher überarbeitet **werden, damit sichergestellt ist, dass die Union und die Mitgliedstaaten die** internationalen Verpflichtungen **einhalten.**

### **Änderungsantrag 5**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 8**

##### *Vorschlag der Kommission*

(8) Diese Richtlinie sollte außerdem **dazu beitragen, dass durch die** Verringerung der Emissionen kurzlebiger Klimaschadstoffe die im EU-Recht verankerten Luftqualitätsziele erreicht und die Auswirkungen des Klimawandels abgemildert werden sowie die Luftqualität weltweit verbessert wird.

##### *Geänderter Text*

(8) Diese Richtlinie sollte außerdem, **indem sie eine** Verringerung der Emissionen kurzlebiger Klimaschadstoffe **sowie eine Verbesserung der Synergien mit den klima- und energiepolitischen Maßnahmen der Union bewirkt und Überschneidungen mit geltenden EU-Rechtsvorschriften verhindert, auf kostengünstige Weise dazu beitragen, dass** die im EU-Recht verankerten Luftqualitätsziele erreicht und die Auswirkungen des Klimawandels abgemildert werden sowie die Luftqualität weltweit verbessert wird. **Insbesondere sollte diese Richtlinie auf die auf EU-Ebene und auf internationaler Ebene erarbeiteten Klimaschutzmaßnahmen –**

*einschließlich des Rahmens für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 und eines umfassenden, verbindlichen, globalen Klimaschutzübereinkommens, ohne darauf beschränkt zu sein – abgestimmt werden.*

## **Änderungsantrag 6**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 8 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(8a) Diese Richtlinie sollte – durch Verbesserung der Lebensqualität der EU-Bürger und Förderung des Übergangs zu einer ökologischen Wirtschaft – auch zur Senkung der durch Luftverschmutzung bedingten Gesundheitskosten in der Union beitragen.*

## **Änderungsantrag 7**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 8 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(8b) Damit die Emissionen des Seeverkehrs gesenkt werden, müssen die von der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) festgelegten Grenzwerte ausnahmslos und fristgemäß zur Anwendung kommen und die Richtlinie 2012/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates<sup>1a</sup> streng durchgesetzt werden. Außerdem sind weitere Maßnahmen zur Kontrolle der Seeverkehrsemissionen erforderlich. Die Union und die Mitgliedstaaten sollten die Festlegung weiterer Emissions-Überwachungsgebiete in Erwägung ziehen und in der IMO auf eine weitere Senkung der Emissionen hinarbeiten.*

*<sup>1a</sup> Richtlinie 2012/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 zur Änderung der Richtlinie 1999/32/EG des Rates hinsichtlich des Schwefelgehalts von Schiffskraftstoffen (ABl. L 327 vom 27.11.2012, S. 1).*

## Änderungsantrag 8

### Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 9

*Vorschlag der Kommission*

(9) Die **Mitgliedstaaten sollten** die in dieser Richtlinie **enthaltenen** Emissionsreduktionsverpflichtungen für 2020 und 2030 **erfüllen. Um nachweisbare Fortschritte bei den Verpflichtungen für 2030 sicherzustellen, sollten die Mitgliedstaaten für 2025 vorgegebene Emissionszwischenziele erreichen, die auf einer linearen Kurve zwischen den Emissionsmengen für 2020 und den Mengen liegen, die sich aus den Emissionsreduktionsverpflichtungen für 2030 ergeben, es sei denn, dies wäre mit unverhältnismäßigen Kosten verbunden. Kann die Emissionsgrenze für 2025 nicht eingehalten werden, sollten die Mitgliedstaaten dies in ihren Berichten gemäß dieser Richtlinie begründen.**

*Geänderter Text*

(9) **Um die Schadstoffemissionen in die Luft zu begrenzen, effektiv dazu beizutragen, dass die von der Union angestrebte Verbesserung der Luftqualität auf ein Niveau, auf dem keine wesentlichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Risiken zu befürchten sind, erreicht wird, und um die Mengen und den Eintrag von versauernden und eutrophierenden Schadstoffen auf Werte unterhalb der kritischen Belastungsmengen und Konzentrationen zu senken, werden in dieser Richtlinie für die Mitgliedstaaten verbindliche** Emissionsreduktionsverpflichtungen für 2020, **2025** und 2030 **festgelegt.**

## Änderungsantrag 9

### Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 11

*Vorschlag der Kommission*

(11) Um den nationalen Emissionsreduktionsverpflichtungen **und den Emissionszwischenzielen** auf kostenwirksame Weise nachkommen zu können, **sollte es den Mitgliedstaaten gestattet werden, im internationalen**

*Geänderter Text*

(11) Um den nationalen Emissionsreduktionsverpflichtungen auf kostenwirksame Weise nachkommen zu können, **sollten** die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, ihre Verpflichtungen für Methan (CH<sub>4</sub>) gemeinsam zu erfüllen

**Seeverkehr erzielte Emissionsreduktionen anzurechnen, wenn die Emissionen aus diesem Sektor geringer sind als die Emissionen, die sich aus der Einhaltung der EU-rechtlichen Normen, einschließlich der Grenzwerte für den Schwefelgehalt von Kraftstoffen gemäß der Richtlinie 1999/32/EG des Rates<sup>21</sup> ergeben würden. Die Mitgliedstaaten sollten die Möglichkeit haben, ihre Verpflichtungen und Emissionszwischenziele für Methan (CH<sub>4</sub>) gemeinsam zu erfüllen und sich dabei auf die Entscheidung Nr. 406/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates<sup>22</sup> zu stützen. Zur Kontrolle der Einhaltung ihrer nationalen Emissionshöchstmengen, ihrer Emissionsreduktionsverpflichtungen und ihrer Emissionszwischenziele könnten die Mitgliedstaaten ihre nationalen Emissionsinventare berichtigen, indem sie verbesserte emissionsbezogene wissenschaftliche Erkenntnisse und Methoden nutzen. Die Kommission könnte gegen jede diese Flexibilitätsregelungen Einwand erheben, wenn die Bedingungen dieser Richtlinie nicht erfüllt sind.**

---

<sup>21</sup> **Richtlinie 1999/32/EG des Rates vom 26. April 1999 über eine Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe und zur Änderung der Richtlinie 93/12/EWG, ABl. L 121 vom 11.5.1999, S. 13.**

<sup>22</sup> Entscheidung Nr. 406/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen mit Blick auf die Erfüllung der Verpflichtungen der Gemeinschaft zur Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020, ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 136.

und sich dabei auf die Entscheidung Nr. 406/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates<sup>22</sup> zu stützen. Zur Kontrolle der Einhaltung ihrer nationalen Emissionshöchstmengen, ihrer Emissionsreduktionsverpflichtungen und ihrer Emissionsziele könnten die Mitgliedstaaten ihre nationalen Emissionsinventare berichtigen, indem sie verbesserte emissionsbezogene wissenschaftliche Erkenntnisse und Methoden nutzen. Die Kommission könnte gegen diese Flexibilitätsregelungen Einwand erheben, wenn die Bedingungen dieser Richtlinie nicht erfüllt sind.

---

<sup>22</sup> Entscheidung Nr. 406/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen mit Blick auf die Erfüllung der Verpflichtungen der Gemeinschaft zur Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020, ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 136.

## **Änderungsantrag 10**

### **Vorschlag für eine Richtlinie**

## Erwägung 12

### *Vorschlag der Kommission*

(12) Die Mitgliedstaaten sollten ein nationales Luftreinhalteprogramm annehmen und durchführen, um ihre Emissionsreduktionsverpflichtungen **und Emissionszwischenziele** zu erfüllen und wirksam zur Verwirklichung der Luftqualitätsziele der EU beizutragen. Zu diesem Zweck sollten die Mitgliedstaaten berücksichtigen, dass in Gebieten und Ballungsräumen, in denen übermäßige Luftschadstoffkonzentrationen vorliegen und/oder die erheblich zur Luftverschmutzung in anderen Gebieten und Ballungsräumen, auch in Nachbarländern, beitragen, die Emissionen reduziert werden müssen. Die nationalen Luftreinhalteprogramme dürften in dieser Hinsicht zur erfolgreichen Durchführung der Luftqualitätspläne gemäß Artikel 23 der Richtlinie 2008/50/EG des Europäischen Parlaments und des Rates<sup>23</sup> beitragen.

---

<sup>23</sup> Richtlinie 2008/50/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2008 über Luftqualität und saubere Luft für Europa, ABl. L 152 vom 11.6.2008, S. 1.

### *Geänderter Text*

(12) Die Mitgliedstaaten sollten ein nationales Luftreinhalteprogramm annehmen und durchführen, um ihre Emissionsreduktionsverpflichtungen zu erfüllen und wirksam zur Verwirklichung der Luftqualitätsziele der EU beizutragen. Zu diesem Zweck sollten die Mitgliedstaaten berücksichtigen, dass in Gebieten und Ballungsräumen, in denen übermäßige Luftschadstoffkonzentrationen vorliegen und/oder die erheblich zur Luftverschmutzung in anderen Gebieten und Ballungsräumen, auch in Nachbarländern, beitragen, die Emissionen reduziert werden müssen. Die nationalen Luftreinhalteprogramme dürften in dieser Hinsicht zur erfolgreichen Durchführung der Luftqualitätspläne gemäß Artikel 23 der Richtlinie 2008/50/EG des Europäischen Parlaments und des Rates<sup>23</sup> beitragen.

---

<sup>23</sup> Richtlinie 2008/50/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2008 über Luftqualität und saubere Luft für Europa, ABl. L 152 vom 11.6.2008, S. 1.

## Änderungsantrag 11

### Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 13

#### *Vorschlag der Kommission*

(13) Um die atmosphärischen NH<sub>3</sub>- und PM<sub>2,5</sub>-Emissionen der wichtigsten Emittenten zu verringern, sollten die nationalen Luftreinhalteprogramme auch Maßnahmen für den Agrarsektor vorsehen. Die Mitgliedstaaten sollten die Möglichkeit haben, andere als in der Richtlinie vorgesehene Maßnahmen zu treffen, die einen vergleichbaren Umweltschutz

#### *Geänderter Text*

(13) Um die atmosphärischen NH<sub>3</sub>-, **CH<sub>4</sub>**- und PM<sub>2,5</sub>-Emissionen der wichtigsten Emittenten zu verringern, sollten die nationalen Luftreinhalteprogramme auch Maßnahmen für den Agrarsektor umfassen. **Diese Maßnahmen sollten kostengünstig sein, auf konkreten Informationen und Daten beruhen und dem wissenschaftlichen Fortschritt sowie**



gewährleisten, wenn dies aufgrund besonderer nationaler Gegebenheiten gerechtfertigt ist.

***früheren Maßnahmen der Mitgliedstaaten Rechnung tragen. Damit diese Emissionen gesenkt werden, wäre es außerdem erstrebenswert, Leitlinien über bewährte landwirtschaftliche Verfahren für den Einsatz von NH<sub>3</sub> zu erarbeiten und diese auf EU-Ebene auszutauschen.*** Die Mitgliedstaaten sollten die Möglichkeit haben, andere als in der Richtlinie vorgesehene Maßnahmen zu treffen, die einen vergleichbaren Umweltschutz gewährleisten, wenn dies aufgrund besonderer nationaler Gegebenheiten gerechtfertigt ist.

## **Änderungsantrag 12**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 13 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(13a) Damit die Emissionen der wichtigsten Emittenten gesenkt werden, sollten die nationalen Luftreinhalteprogramme Maßnahmen für alle einschlägigen Sektoren umfassen, einschließlich Landwirtschaft, Industrie, Straßengüterverkehr, mobile Maschinen und Geräte, Inlands- und Binnenschifffahrt, Haushaltsheizungen und Lösemittel. Die Mitgliedstaaten sollten die Möglichkeit haben, unter Berücksichtigung der besonderen nationalen Gegebenheiten andere als in der Richtlinie vorgesehene Maßnahmen zu treffen, die einen vergleichbaren Umweltschutz gewährleisten.***

## **Änderungsantrag 13**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 13 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(13b) Wenn die Mitgliedstaaten für die***

*Landwirtschaft geltende Maßnahmen treffen, die in die nationalen Luftreinhalteprogramme aufgenommen werden sollen, sollten sie sicherstellen, dass die Folgen dieser Maßnahmen für kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe in vollem Umfang berücksichtigt werden und die Maßnahmen keine wesentlichen Zusatzkosten verursachen, die für diese landwirtschaftlichen Betriebe nicht tragbar sind. Die Verbesserung der Luftqualität sollte mit verhältnismäßigen Maßnahmen erreicht werden, durch die die Zukunft landwirtschaftlicher Betriebe nicht gefährdet wird. In den nationalen Luftreinhalteprogrammen sollte für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Viehzucht und Luftreinhaltung gesorgt werden.*

#### **Änderungsantrag 14**

##### **Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 13 c (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(13c) Bei Maßnahmen, die im Rahmen der nationalen Luftreinhalteprogramme zur Vermeidung von NH<sub>3</sub>-, CH<sub>4</sub>- und PM<sub>2.5</sub>-Emissionen in der Landwirtschaft getroffen werden, sollte Anspruch auf Fördermittel, unter anderem aus dem Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, bestehen, und zwar insbesondere bei Maßnahmen kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe, die – beispielsweise in den Bereichen extensive Weidehaltung, Agrarökologie, anaerobe Vergärung zur Biogaserzeugung aus landwirtschaftlichen Abfällen und emissionsfreundliche Stallsysteme – ihre Verfahren wesentlich ändern oder hohe Investitionen tätigen müssen.*

## **Änderungsantrag 15**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 14 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(14a) Um die Luftqualität insbesondere in Stadtgebieten zu verbessern, sollten die nationalen Luftreinhalteprogramme Maßnahmen zur Senkung der Stickstoffoxid- und Feinstaubemissionen in diesen Gebieten umfassen.***

#### *Begründung*

*Abgesehen von der Einführung technischer Lösungen auf EU-Ebene (z. B. Euronormen) sollten die Mitgliedstaaten nichttechnische Maßnahmen erarbeiten, erlassen und umsetzen, die eine deutliche Senkung der Luftverschmutzung durch Fahrzeuge sowie Verbesserungen mit Blick auf die menschliche Gesundheit und den Umweltschutz ermöglichen.*

## **Änderungsantrag 16**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 15 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(15a) Im Einklang mit dem Übereinkommen von Aarhus über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten sowie gemäß der Rechtsprechung des Gerichtshofs sollte der Öffentlichkeit weitreichender Zugang zu Gerichten gewährt werden, damit die wirksame Umsetzung und Durchsetzung dieser Richtlinie sichergestellt ist und das Recht, in einer für die Gesundheit und das Wohlbefinden des Einzelnen angemessenen Umwelt zu leben, besser geschützt ist.***

## **Änderungsantrag 17**

### **Vorschlag für eine Richtlinie**

## Erwägung 15 b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(15b) Damit diese Richtlinie und die zur Verwirklichung der damit verfolgten Zielsetzungen erlassenen Maßnahmen wirklich greifen, sind Umweltinspektionen und Marktüberwachung erforderlich.***

## Änderungsantrag 18

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Erwägung 15 c (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(15c) Bei der Bewertung der Synergien zwischen EU-Maßnahmen zur Luftreinhaltung sowie klima- und energiepolitischen Maßnahmen der EU sollte die Kommission der ergänzenden Folgenabschätzung des Wissenschaftlichen Diensts des Europäischen Parlaments mit dem Titel „Air Quality – Complementary Impact Assessment on interactions between EU air quality policy and climate and energy policy“ Rechnung tragen.***

## Änderungsantrag 19

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Erwägung 21**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(21) Um technischen Entwicklungen Rechnung tragen zu können, sollte die Kommission ermächtigt werden, zur Änderung der Berichterstattungsleitlinien gemäß Anhang I, Anhang III Teil 1 sowie den Anhängen IV und V zwecks Anpassung an den technischen Fortschritt Rechtsakte nach Artikel 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen

(21) Um technischen Entwicklungen Rechnung tragen zu können, sollte die Kommission ***für einen bestimmten Zeitraum*** ermächtigt werden, zur Änderung der Berichterstattungsleitlinien gemäß Anhang I, Anhang III Teil 1 sowie den Anhängen IV und V zwecks Anpassung an den technischen Fortschritt Rechtsakte nach Artikel 290 des Vertrags

Union zu erlassen. Es ist von besonderer Bedeutung, dass die Kommission im Zuge ihrer Vorbereitungsarbeit angemessene Konsultationen, auch auf Sachverständigenebene, durchführt. Bei der Vorbereitung und Ausarbeitung delegierter Rechtsakte sollte die Kommission gewährleisten, dass die einschlägigen Dokumente dem Europäischen Parlament und dem Rat gleichzeitig, rechtzeitig und auf angemessene Weise übermittelt werden.

über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu erlassen. Es ist von besonderer Bedeutung, dass die Kommission im Zuge ihrer Vorbereitungsarbeit angemessene Konsultationen, auch auf Sachverständigenebene, durchführt. Bei der Vorbereitung und Ausarbeitung delegierter Rechtsakte sollte die Kommission gewährleisten, dass die einschlägigen Dokumente dem Europäischen Parlament und dem Rat gleichzeitig, rechtzeitig und auf angemessene Weise übermittelt werden.

## **Änderungsantrag 20**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 23**

*Vorschlag der Kommission*

(23) Die Mitgliedstaaten sollten Regelungen für die Sanktionen festlegen, die bei Verstößen gegen die aufgrund dieser Richtlinie erlassenen einzelstaatlichen Vorschriften zu verhängen sind, und für deren Anwendung sorgen. Diese Sanktionen sollten wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein.

*Geänderter Text*

*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

*Betrifft nicht die deutsche Fassung.*

## **Änderungsantrag 21**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 26 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

(26a) Die Mitgliedstaaten sollten die nationalen Rechtsvorschriften so anpassen, dass sie mit dieser Richtlinie vereinbar sind.

*Geänderter Text*

***(26a) Kandidaten- und potenzielle Kandidatenländer sollten ihre nationalen Rechtsvorschriften möglichst weitgehend an diese Richtlinie angleichen.***

**Änderungsantrag 22**  
**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*Das Ziel dieser Richtlinie besteht darin, die atmosphärischen Emissionen von versauernden und eutrophierenden Schadstoffen, Ozonvorläufern, Primär-Feinstaub, Vorläufern von Sekundär-Feinstaub und anderen Luftschadstoffen zu begrenzen und damit einen Beitrag zu leisten*

*(a) zum langfristigen Ziel der Union, ein Luftqualitätsniveau zu erreichen, das nicht zu signifikanten Beeinträchtigungen und Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt führt und den von der Weltgesundheitsorganisation veröffentlichten Luftqualitätsleitlinien entspricht;*

*(b) zur Verwirklichung der von der Union verfolgten Ziele in Bezug auf Biodiversität und Ökosysteme – indem die Mengen und der Eintrag von versauernden und eutrophierenden sowie anderen Schadstoffen, einschließlich bodennahem Ozon, auf Werte unterhalb der kritischen Belastungsmengen und Konzentrationen gesenkt werden;*

*(c) zur Verwirklichung der in den Rechtsakten der Union festgelegten Luftqualitätsziele;*

*(d) zur Eindämmung der Folgen des Klimawandels – indem die Emissionen von kurzlebigen Klimaschadstoffen gesenkt und die Synergien mit klima- und energiepolitischen Maßnahmen der Union verbessert werden.*

*Diese Richtlinie wird insbesondere auf die auf EU-Ebene und auf internationaler Ebene erarbeiteten Klimaschutzmaßnahmen – einschließlich des Rahmens für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 und eines umfassenden, verbindlichen, globalen*

*Klimaschutzübereinkommens, ohne  
darauf beschränkt zu sein – abgestimmt.*

## **Änderungsantrag 23**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 3 – Nummer 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3a. „kritische Eintragsrate“ die quantitative Schätzung der Exposition gegenüber einem oder mehreren Schadstoffen, unterhalb deren nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand keine negativen Folgen für bestimmte empfindliche Bestandteile der Umwelt eintreten;**

*Begründung*

*Diese Begriffsbestimmung stammt aus der geltenden Richtlinie 2001/81/EG über nationale Emissionshöchstmengen (NEC-Richtlinie) und muss im Interesse der Klarheit und Konsistenz aufgenommen werden.*

## **Änderungsantrag 24**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 3 – Nummer 3 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3b. „kritische Konzentration“ die Konzentration von Schadstoffen in der Luft oder in Strömungen, bei deren Überschreitung nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand direkte negative Folgen für Rezeptoren, wie Menschen, Pflanzen, Ökosysteme oder Materialien, eintreten können;**

*Begründung*

*Diese Begriffsbestimmung stammt aus der geltenden Richtlinie 2001/81/EG über nationale Emissionshöchstmengen (NEC-Richtlinie) und muss im Interesse der Klarheit und Konsistenz aufgenommen werden.*

## Änderungsantrag 25

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 3 – Nummer 4 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**4a. „bodennahes Ozon“ das Ozon in der untersten Schicht der Troposphäre;**

#### *Begründung*

*Diese Begriffsbestimmung stammt aus der geltenden Richtlinie 2001/81/EG über nationale Emissionshöchstmengen (NEC-Richtlinie) und muss im Interesse der Klarheit und Konsistenz aufgenommen werden.*

## Änderungsantrag 26

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 3 – Nummer 4 b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**4b. „flüchtige organische Verbindung“ (VOC) jede organische Verbindung, die sich aus menschlicher Tätigkeit ergibt, mit Ausnahme von Methan, und die durch Reaktion mit Stickstoffoxiden in Gegenwart von Sonnenlicht photochemische Oxidantien erzeugen kann;**

#### *Begründung*

*Diese Begriffsbestimmung stammt aus der geltenden Richtlinie 2001/81/EG über nationale Emissionshöchstmengen (NEC-Richtlinie) und muss im Interesse der Klarheit und Konsistenz aufgenommen werden.*

## Änderungsantrag 27

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 3 – Nummer 5

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

5. „flüchtige organische Verbindung außer Methan“ (NMVOC) jede **anthropogene** organische Verbindung außer Methan, die

5. „flüchtige organische Verbindung außer Methan“ (NMVOC) jede organische Verbindung **anthropogenen Ursprungs**



durch Reaktion mit Stickstoffoxiden in Gegenwart von Sonnenlicht photochemische Oxidantien erzeugen kann;

außer Methan, die durch Reaktion mit Stickstoffoxiden in Gegenwart von Sonnenlicht photochemische Oxidantien erzeugen kann;

## **Änderungsantrag 28**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 3 – Nummer 6 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***6a. „nationale Emissionshöchstmenge“  
die Höchstmenge eines Stoffes in  
Kilotonnen, die in einem Mitgliedstaat  
während eines Kalenderjahres emittiert  
werden darf;***

#### *Begründung*

*Diese Begriffsbestimmung stammt aus der geltenden Richtlinie 2001/81/EG über nationale Emissionshöchstmengen (NEC-Richtlinie) und muss im Interesse der Klarheit und Konsistenz aufgenommen werden.*

## **Änderungsantrag 29**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 3 – Nummer 9**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***9. „internationaler Seeverkehr“ Fahrten  
auf See und in Küstengewässern von  
Wasserfahrzeugen unter beliebiger  
Flagge, ausgenommen  
Fischereifahrzeuge, die im Hoheitsgebiet  
eines Landes beginnen und im  
Hoheitsgebiet eines anderen Landes  
enden;***

*entfällt*

## **Änderungsantrag 30**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 3 – Nummer 12 a (neu)**

**12a. „bei den Quellen der Verschmutzung ansetzende europäische Luftschutzmaßnahmen“ Verordnungen oder Richtlinien, die unabhängig von den darin festgelegten Verpflichtungen ganz oder teilweise darauf ausgerichtet sind, dass die Emissionen von Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>), Stickoxiden (NO<sub>x</sub>), flüchtigen organischen Verbindungen außer Methan (NMVOC), Ammoniak (NH<sub>3</sub>), Feinstaub (PM<sub>2,5</sub>) und Methan (CH<sub>4</sub>) mit entsprechenden, bei der Quelle ansetzenden Gegenmaßnahmen gesenkt werden, einschließlich, ohne darauf beschränkt zu sein, Emissionssenkungen aufgrund der folgenden Rechtsakte:**

- **Richtlinie 94/63/EG<sup>1a</sup>**
- **Richtlinie 97/68/EG<sup>1b</sup>**
- **Richtlinie 98/70/EG<sup>1c</sup>**
- **Richtlinie 1999/32/EG<sup>1d</sup>**
- **Richtlinie 2009/126/EG<sup>1e</sup>**
- **Richtlinie 2004/42/EG<sup>1f</sup>**
- **Richtlinie 2007/46/EG<sup>1g</sup>, einschließlich der Verordnungen (EG) Nr. 715/2007<sup>1h</sup>, (EG) Nr. 79/2009<sup>1i</sup>, (EG) Nr. 595/2009<sup>1</sup> und (EG) Nr. 661/2009<sup>1k</sup>**
- **Richtlinie 2010/75/EU<sup>1l</sup>**
- **Verordnung (EU) Nr. 167/2013<sup>1m</sup>**
- **Verordnung (EU) Nr. 168/2013<sup>1n</sup>**
- **Richtlinie 2014/94/EU<sup>1o</sup>;**

---

**<sup>1a</sup> Richtlinie 94/63/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 1994 zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen (VOC-Emissionen) bei der Lagerung von Ottokraftstoff und seiner Verteilung von den Auslieferungslagern bis zu den Tankstellen (ABL. L 365 vom**

31.12.1994, S. 24).

<sup>1b</sup> *Richtlinie 97/68/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1997 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Maßnahmen zur Bekämpfung der Emission von gasförmigen Schadstoffen und luftverunreinigenden Partikeln aus Verbrennungsmotoren für mobile Maschinen und Geräte* (ABl. L 59 vom 27.2.1998, S. 1).

<sup>1c</sup> *Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 1998 über die Qualität von Otto- und Dieselmotoren und zur Änderung der Richtlinie 93/12/EWG des Rates* (ABl. L 350 vom 28.12.1998, S. 58).

<sup>1d</sup> *Richtlinie 1999/32/EG des Rates vom 26. April 1999 über eine Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe und zur Änderung der Richtlinie 93/12/EWG* (ABl. L 121 vom 11.5.1999, S. 13).

<sup>1e</sup> *Richtlinie 2009/126/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über Phase II der Benzindampf-Rückgewinnung beim Betanken von Kraftfahrzeugen an Tankstellen* (ABl. L 285 vom 31.10.2009, S. 36).

<sup>1f</sup> *Richtlinie 2004/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über die Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen aufgrund der Verwendung organischer Lösemittel in bestimmten Farben und Lacken und in Produkten der Fahrzeugreparaturlackierung sowie zur Änderung der Richtlinie 1999/13/EG* (ABl. L 143 vom 30.4.2004, S. 87).

<sup>1g</sup> *Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. September 2007 zur Schaffung eines Rahmens für die Genehmigung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von*

**Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge (Rahmenrichtlinie) (ABl. L 263 vom 9.10.2007, S. 1).**

**<sup>lh</sup> Verordnung (EG) Nr. 715/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und über den Zugang zu Reparatur- und Wartungsinformationen für Fahrzeuge (ABl. L 171 vom 29.6.2007, S. 1).**

**<sup>li</sup> Verordnung (EG) Nr. 79/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Januar 2009 über die Typgenehmigung von wasserstoffbetriebenen Kraftfahrzeugen und zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG (ABl. L 35 vom 4.2.2009, S. 32).**

**<sup>lj</sup> Verordnung (EG) Nr. 595/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Motoren hinsichtlich der Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen (Euro VI) und über den Zugang zu Fahrzeugreparatur- und -wartungsinformationen, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 und der Richtlinie 2007/46/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinien 80/1269/EWG, 2005/55/EG und 2005/78/EG (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 1).**

**<sup>lk</sup> Verordnung (EG) Nr. 661/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen, Kraftfahrzeuganhängern und von Anlagen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge hinsichtlich ihrer allgemeinen Sicherheit (ABl. L 200 vom 31.7.2009, S. 1).**

**<sup>ll</sup> Richtlinie 2010/75/EU des**

*Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) (ABl. L 334 vom 17.12.2010, S. 17).*

*1<sup>m</sup> Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Februar 2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 1).*

*1<sup>n</sup> Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von zwei- oder dreirädrigen und vierrädrigen Fahrzeugen (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 52).*

*1<sup>o</sup> Richtlinie 2014/94/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (ABl. L 307 vom 28.10.2014, S. 1).*

### *Begründung*

*In Verbindung mit den Bemühungen der neuen Kommission um eine bessere Rechtsetzung wird der Begriff „bei den Quellen der Verschmutzung ansetzende europäische Luftschutzmaßnahmen“ in die Richtlinie aufgenommen. Im Rahmen der Luftreinhaltungspolitik sollte nun auch die Umsetzung der bei den Quellen der Verschmutzung ansetzenden europäischen Luftschutzmaßnahmen berücksichtigt und bewertet werden, damit es zu keinen Überschneidungen kommt, mehr Synergieeffekte entstehen und die Gründe für die Erfolge bzw. Misserfolge bestimmter Mitgliedstaaten nachvollziehbar werden.*

### **Änderungsantrag 31**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 3 – Nummer 12 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*12b. „betroffene Öffentlichkeit“ die Teile der Öffentlichkeit, die von Luftschadstoffemissionen betroffen sind*

*oder voraussichtlich betroffen sein werden oder ein Interesse daran haben; im Sinne dieser Begriffsbestimmung haben nichtstaatliche Organisationen, die sich für den Umweltschutz einsetzen, Verbraucherorganisationen, Organisationen, die die Interessen bedürftiger Bevölkerungsgruppen vertreten, und andere einschlägige, mit dem Schutz der Gesundheit befasste Stellen, die die nach innerstaatlichem Recht geltenden Voraussetzungen erfüllen, ein Interesse.*

## **Änderungsantrag 32**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 4 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

1. Die Mitgliedstaaten begrenzen ihre jährlichen anthropogenen Emissionen von Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>), Stickstoffoxiden (NO<sub>x</sub>), flüchtigen organischen Verbindungen außer Methan (NMVOC), Ammoniak (NH<sub>3</sub>), Feinstaub (PM<sub>2,5</sub>) und **Methan (CH<sub>4</sub>)** zumindest im Einklang mit ihren in Anhang II festgelegten, ab 2020 bzw. 2030 geltenden nationalen Emissionsreduktionsverpflichtungen.

*Geänderter Text*

1. Die Mitgliedstaaten begrenzen ihre jährlichen anthropogenen Emissionen von Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>), Stickstoffoxiden (NO<sub>x</sub>), flüchtigen organischen Verbindungen außer Methan (NMVOC), Ammoniak (NH<sub>3</sub>), Feinstaub (PM<sub>2,5</sub>) und **Quecksilber (Hg)** zumindest im Einklang mit ihren in Anhang II festgelegten, ab 2020, **2025** bzw. 2030 geltenden nationalen Emissionsreduktionsverpflichtungen.

## **Änderungsantrag 33**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 4 – Absatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

***1a. De Mitgliedstaaten begrenzen ihre jährlichen anthropogenen Methanemissionen (CH<sub>4</sub>) zumindest im Einklang mit ihren in Anhang II festgelegten, ab 2030 geltenden nationalen Emissionsreduktionsverpflichtungen.***

## Änderungsantrag 34

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 4 – Absatz 2 – Unterabsatz 1

*Vorschlag der Kommission*

*Unbeschadet Absatz 1 treffen die Mitgliedstaaten alle erforderlichen Maßnahmen, die nicht mit unverhältnismäßigen Kosten verbunden sind, um 2025 ihre anthropogenen Emissionen von SO<sub>2</sub>, NO<sub>x</sub>, NMVOC, NH<sub>3</sub>, PM<sub>2,5</sub> und CH<sub>4</sub> zu begrenzen. Die betreffenden Emissionsmengen werden auf der Grundlage der Kraftstoffverkäufe anhand einer linearen Reduktionskurve ermittelt, die zwischen ihren Emissionszielen für 2020 und den Emissionsmengen, die sich aus den Emissionsreduktionsverpflichtungen für 2030 ergeben, gezogen wird.*

*Geänderter Text*

Die *Berichte, die die Mitgliedstaaten der Kommission gemäß Artikel 9 vorlegen müssen, enthalten aktuelle Angaben zu den Fortschritten, die im Hinblick auf die nationalen Emissionsreduktionsverpflichtungen erzielt wurden.*

## Änderungsantrag 35

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 4 – Absatz 3 – Einleitung

*Vorschlag der Kommission*

3. Folgende Emissionen werden für die Zwecke *der Absätze 1 und 2* nicht berücksichtigt:

*Geänderter Text*

3. Folgende Emissionen werden für die Zwecke *von Absatz 1* nicht berücksichtigt:

## Änderungsantrag 36

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 4 – Absatz 3 – Buchstabe d

*Vorschlag der Kommission*

(d) Emissionen aus dem internationalen Seeverkehr, *unbeschadet des Artikels 5 Absatz 1.*

*Geänderter Text*

(d) Emissionen aus dem internationalen Seeverkehr.

## Änderungsantrag 37

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 5 – Absatz 1

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**1. Zur Erfüllung der für 2025 für NO<sub>x</sub>, SO<sub>2</sub> und PM<sub>2,5</sub> vorgegebenen Emissionszwischenziele gemäß Artikel 4 Absatz 2 und der ab 2030 geltenden nationalen Emissionsreduktionsverpflichtungen gemäß Anhang II können die Mitgliedstaaten im internationalen Seeverkehr erzielte Reduktionen der NO<sub>x</sub>-, SO<sub>2</sub>- und PM<sub>2,5</sub>-Emissionen mit NO<sub>x</sub>-, SO<sub>2</sub>- und PM<sub>2,5</sub>-Emissionen verrechnen, die im selben Jahr aus anderen Quellen freigesetzt wurden, sofern folgende Bedingungen erfüllt sind:**

**entfällt**

**(a) Die Emissionsreduktionen werden in Seegebieten, die Teil der Hoheitsgewässer der Mitgliedstaaten ohne die ausschließlichen Wirtschaftszonen sind, oder in Schadstoff-Überwachungsgebieten (wenn solche Gebiete eingerichtet wurden) erzielt;**

**(b) die Mitgliedstaaten haben wirksame Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen ein- und durchgeführt, um das ordnungsgemäße Funktionieren dieser Flexibilitätsregelung sicherzustellen;**

**(c) sie haben Maßnahmen getroffen, um die NO<sub>x</sub>-, SO<sub>2</sub>- und PM<sub>2,5</sub>-Emissionen aus dem internationalen Seeverkehr unter die Emissionswerte zu senken, die durch Einhaltung der EU-Normen für Emissionsreduktionen infolge der Beachtung der auf NO<sub>x</sub>, SO<sub>2</sub> und PM<sub>2,5</sub>-Emissionen erzielt würden, und haben die durch diese Maßnahmen erzielten zusätzlichen Emissionsreduktionen in angemessener Weise quantifiziert;**

**(d) sie haben höchstens 20 % der gemäß Buchstabe c ermittelten Reduktionswerte für NO<sub>x</sub>, SO<sub>2</sub> und PM<sub>2,5</sub> verrechnet, wobei die Verrechnung nicht dazu führen darf,**



*dass die in Anhang II festgelegten nationalen Emissionsreduktionsverpflichtungen für 2020 nicht erfüllt werden.*

### **Änderungsantrag 38**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 5 – Absatz 2 – Einleitung**

##### *Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten können ihre in Anhang II festgelegten Emissionsreduktionsverpflichtungen **und ihre Emissionszwischenziele** für Methan gemeinsam erfüllen, sofern sie folgende Bedingungen erfüllen:

##### *Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten können ihre in Anhang II festgelegten Emissionsreduktionsverpflichtungen für Methan gemeinsam erfüllen, sofern sie folgende Bedingungen erfüllen:

### **Änderungsantrag 39**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 5 – Absatz 3**

##### *Vorschlag der Kommission*

3. Die Mitgliedstaaten können in Einklang mit Anhang IV ihre nationalen Jahresemissionsinventare für SO<sub>2</sub>, NO<sub>x</sub>, NH<sub>3</sub>, NMVOC und PM<sub>2,5</sub> berichtigen, wenn die Anwendung verbesserter Emissionsinventurmethode, die dem neuesten wissenschaftlichen Kenntnisstand entsprechen, zur Nichterfüllung ihrer nationalen Emissionsreduktionsverpflichtungen **oder ihrer Emissionszwischenziele** führen würde.

##### *Geänderter Text*

3. Die Mitgliedstaaten können in Einklang mit Anhang IV ihre nationalen Jahresemissionsinventare für SO<sub>2</sub>, NO<sub>x</sub>, NH<sub>3</sub>, NMVOC und PM<sub>2,5</sub> berichtigen, wenn die Anwendung verbesserter Emissionsinventurmethode, die dem neuesten wissenschaftlichen Kenntnisstand entsprechen, zur Nichterfüllung ihrer nationalen Emissionsreduktionsverpflichtungen führen würde.

##### *Begründung*

*Die in der NEC-Richtlinie festgelegten Verpflichtungen sollten auch für 2025 gelten; dadurch wird die Bezugnahme auf Emissionszwischenziele überflüssig.*

### **Änderungsantrag 40**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

## Artikel 5 – Absatz 4

### *Vorschlag der Kommission*

4. Mitgliedstaaten, die **die Absätze 1, 2 und 3 anwenden wollen**, teilen dies der Kommission bis zum **30. September** des dem betreffenden Berichtsjahr vorangehenden Jahres mit. Dabei übermitteln sie die betreffenden Schadstoffe und Sektoren und, sofern verfügbar, den Umfang der Auswirkungen auf die nationalen Emissionsinventare.

### *Geänderter Text*

4. Mitgliedstaaten, die **eine der in dieser Richtlinie vorgesehenen Flexibilitätsregelungen in Anspruch nehmen möchten**, teilen dies der Kommission bis zum **31. Dezember** des dem betreffenden Berichtsjahr vorangehenden Jahres mit. Dabei übermitteln sie die betreffenden Schadstoffe und Sektoren und, sofern verfügbar, den Umfang der Auswirkungen auf die nationalen Emissionsinventare.

### *Begründung*

*Durch den Vorschlag der Kommission würde die Frist für die Meldung vorläufiger Emissionswerte für das Vorjahr vom 31. Dezember auf den 30. September vorverlegt. Dadurch bleibt nicht genügend Zeit, um Daten zu erheben und deren Qualität sicherzustellen.*

## Änderungsantrag 41

### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 5 – Absatz 5 – Unterabsatz 1**

#### *Vorschlag der Kommission*

Mit Unterstützung der Europäischen Umweltagentur prüft und beurteilt die Kommission, ob die Inanspruchnahme einer **der Flexibilitätsregelungen** für ein bestimmtes Jahr die einschlägigen Anforderungen und Kriterien erfüllt.

#### *Geänderter Text*

Mit Unterstützung der Europäischen Umweltagentur prüft und beurteilt die Kommission, ob die Inanspruchnahme einer **Flexibilitätsregelung oder Berichtigung** für ein bestimmtes Jahr die einschlägigen Anforderungen und Kriterien erfüllt.

## Änderungsantrag 42

### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 5 – Absatz 5 – Unterabsatz 2**

#### *Vorschlag der Kommission*

Hat die Kommission innerhalb von **neun** Monaten ab dem Tag des Eingangs des betreffenden Berichts gemäß Artikel 7 **Absätze 4, 5** und 6 keinen Einwand

#### *Geänderter Text*

Hat die Kommission innerhalb von **sechs** Monaten ab dem Tag des Eingangs des betreffenden Berichts gemäß Artikel 7 **Absätze 5** und 6 keinen Einwand erhoben,

erhoben, erachtet der betreffende Mitgliedstaat die beantragte Inanspruchnahme einer Flexibilitätsregelung als für das betreffende Jahr genehmigt und gültig. Läuft nach Auffassung der Kommission die Inanspruchnahme einer Flexibilitätsregelung den geltenden Anforderungen und Kriterien zuwider, so teilt sie dem betreffenden Mitgliedstaat in einem Beschluss mit, dass sie die Inanspruchnahme nicht genehmigen kann.

erachtet der betreffende Mitgliedstaat die beantragte Inanspruchnahme einer Flexibilitätsregelung als für das betreffende Jahr genehmigt und gültig. Läuft nach Auffassung der Kommission die Inanspruchnahme einer Flexibilitätsregelung den geltenden Anforderungen und Kriterien zuwider, so teilt sie dem betreffenden Mitgliedstaat **innerhalb von neun Monaten ab dem Tag des Eingangs des betreffenden Berichts** in einem Beschluss mit, dass sie die Inanspruchnahme nicht genehmigen kann. **Der Beschluss muss eine Begründung umfassen.**

### Änderungsantrag 43

#### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 5 – Absatz 6

##### *Vorschlag der Kommission*

6. Die Kommission kann Durchführungsrechtsakte erlassen, in denen die genauen Regeln für die Inanspruchnahme der in den **Absätzen 1, 2** und 3 genannten Flexibilitätsregelungen gemäß dem in Artikel 14 genannten Prüfverfahren präzisiert werden.

##### *Geänderter Text*

6. Die Kommission kann Durchführungsrechtsakte erlassen, in denen die genauen Regeln für die Inanspruchnahme **einer** der in den **Absätzen 2** und 3 genannten Flexibilitätsregelungen gemäß dem in Artikel 14 genannten Prüfverfahren präzisiert werden.

### Änderungsantrag 44

#### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 6 – Absatz 1

##### *Vorschlag der Kommission*

1. Jeder Mitgliedstaat erstellt und verabschiedet ein nationales Luftreinhalteprogramm in Einklang mit Anhang III Teil 2, um seine **anthropogenen** Jahresemissionen gemäß Artikel 4 zu begrenzen.

##### *Geänderter Text*

1. Jeder Mitgliedstaat erstellt und verabschiedet ein nationales Luftreinhalteprogramm in Einklang mit Anhang III Teil 2, um seine Jahresemissionen gemäß Artikel 4 zu begrenzen **und die in Artikel 1 dieser Richtlinie festgelegten Ziele zu**

*verwirklichen.*

## Änderungsantrag 45

### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Artikel 6 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe a a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(aa) die Kosteneffizienz der Emissionsreduktionsmaßnahmen prüfen und entweder die Emissionssenkungen, die bereits erreicht wurden, oder, wenn der Mitgliedstaat seine Emissionsreduktionsmaßnahmen vorrangig behandelt, die Emissionssenkungen berücksichtigen, die durch Anwendung geltender EU-Rechtsvorschriften erreichbar sind;*

## Änderungsantrag 46

### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Artikel 6 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe a b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(ab) konkrete Maßnahmen zur Senkung der gesundheitlichen Risiken schutzbedürftiger Bevölkerungsgruppen vorrangig behandeln und die Erfüllung des Ziels für die Reduzierung der Exposition nach Anhang XIV Abschnitt B der Richtlinie 2008/50/EG sicherstellen;*

## Änderungsantrag 47

### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Artikel 6 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(b) die Notwendigkeit berücksichtigen, Luftschadstoffemissionen zu reduzieren, um die Luftqualitätsziele in seinem Hoheitsgebiet und gegebenenfalls in*

*(b) Luftschadstoffemissionen reduzieren, damit in seinem Hoheitsgebiet sowie gegebenenfalls in benachbarten Mitgliedstaaten die Luftqualitätsziele,*

benachbarten Mitgliedstaaten *zu erreichen*;

*insbesondere die Grenzwerte gemäß der Richtlinie 2008/50/EG, erreicht werden*;

## **Änderungsantrag 48**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 6 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(ba) die zusätzlichen Emissionssenkungen quantifizieren, die notwendig sind, um bis 2030 Luftqualitätswerte auf oder unter dem von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Niveau zu erreichen*;

## **Änderungsantrag 49**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 6 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(bb) die zusätzlichen Emissionssenkungen quantifizieren, die notwendig sind, um bis 2030 die für den Umweltschutz kritischen Belastungsmengen und Konzentrationen zu erreichen*;

## **Änderungsantrag 50**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 6 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b c (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(bc) einschlägige Maßnahmen ermitteln, mit denen die in den Buchstaben ba und bb genannten Ziele erreicht werden können.*

## **Änderungsantrag 51**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 6 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe c a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(ca) die Umschichtung von Investitionen in umweltverträgliche und effiziente Technologien und eine nachhaltige Produktion durch finanzielle Anreize fördern;***

## **Änderungsantrag 52**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 6 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe c b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(cb) den Umfang der speziellen Bedürfnisse und das Ausmaß der Schwierigkeiten beurteilen, mit dem die verschiedenen nationalen geografischen Regionen bei der Bekämpfung der Luftverschmutzung konfrontiert sind;***

## **Änderungsantrag 53**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 6 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe d a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(da) sicherstellen, dass die jeweils zuständigen Behörden sowohl die Wirksamkeit der Maßnahmen überwachen, die von den Mitgliedstaaten zur Einhaltung dieser Richtlinie getroffen werden, als auch gegebenenfalls befugt sind, tätig zu werden.***

## **Änderungsantrag 54**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 6 – Absatz 2 a (neu)**

**2a. Die Kommission stellt sicher, dass alle bei den Quellen der Verschmutzung ansetzenden Luftschutzmaßnahmen der EU ihren Zweck erfüllen und zur Verwirklichung der Ziele der Union im Bereich der Luftqualität beitragen.**

**Deshalb einigen sich die Kommission und die Mitgliedstaaten unverzüglich über den neuen Vorschlag für eine Verordnung über die Emissionen im praktischen Fahrbetrieb (Euro VI), der derzeit bearbeitet wird.**

**Das neue Testverfahren für die Typgenehmigung wird spätestens ab 2017 eingeführt, und es wird anhand der zur Simulation der Bedingungen im praktischen Fahrbetrieb notwendigen Übereinstimmungsfaktoren sicherstellen, dass Schadstoffe wie NO<sub>x</sub> und Feinstaub (PM<sub>2,5</sub> und PM<sub>10</sub>) wirksam begrenzt werden.**

**Die Übereinstimmungsfaktoren werden strikt angewendet und sind so bemessen, dass sie nur die Unsicherheiten des Testverfahrens für Emissionen im praktischen Fahrbetrieb simulieren.**

## Änderungsantrag 55

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 6 – Absatz 2 b (neu)

**2b. Die Mitgliedstaaten legen ein System routinemäßiger und nicht routinemäßiger Umweltinspektionen und Marktüberwachungsmaßnahmen sowie der öffentlichen Meldung beweglicher und ortsfester Quellen fest, damit sichergestellt ist, dass die Strategien und Maßnahmen tatsächlich eine Senkung der Emissionen unter realen Betriebsbedingungen bewirken.**

*Die Kommission legt bis zum ... \* einen Legislativvorschlag zu einem EU-weiten System von Überwachungstests unter Betriebsbedingungen und für die öffentliche Meldung der Emissionsnormen für leichte Nutzfahrzeuge vor, das von der jeweils zuständigen Behörde verwaltet wird und mit dem überprüft wird, ob die Fahrzeuge und Motoren während ihrer gesamten Nutzungsdauer die für Euro VI geltenden Vorschriften erfüllen.*

---

*\* ABl. bitte Datum einfügen: zwei Jahre nach Umsetzung dieser Richtlinie.*

## **Änderungsantrag 56**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 6 – Absatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*3a. Die Mitgliedstaaten können die stufenweise Beseitigung bodennaher Emissionsquellen fördern, indem sie sich im Verkehrs- und Treibstoffversorgungssektor für den Austausch durchlässiger Schlauchleitungen durch emissionsdichte Technologie einsetzen.*

#### *Begründung*

*Kohlenwasserstoffe tragen zur Entstehung von bodennahem Ozon bei. Aus herkömmlichen Tankschläuchen können Kohlenwasserstoffe entweichen. Das ist mit modernen, emissionsdichten Lösungen vermeidbar.*

## **Änderungsantrag 57**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 6 – Absatz 4 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(b) die Mitgliedstaaten beschließen, eine der Flexibilitätsregelungen gemäß*

*(b) die Mitgliedstaaten beschließen, eine Flexibilitätsregelung gemäß Artikel 5 in*



Artikel 5 in Anspruch zu nehmen.

Anspruch zu nehmen.

## Änderungsantrag 58

### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Artikel 6 – Absatz 4 – Unterabsatz 1 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*In den nationalen Luftreinhalteprogrammen ist angegeben, ob die Mitgliedstaaten beabsichtigen, eine Flexibilitätsregelung nach Artikel 5 in Anspruch zu nehmen.*

## Änderungsantrag 59

### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Artikel 6 – Absatz 5

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

5. Vor Annahme der endgültigen Fassung des Entwurfs ihres nationalen Luftreinhalteprogramms **und zu wesentlichen** Aktualisierungen des Programms konsultieren die Mitgliedstaaten in Einklang mit einschlägigem EU-Recht die zuständigen Behörden sämtlicher Ebenen, für die aufgrund ihrer besonderen Umweltzuständigkeit auf den Gebieten Luftverschmutzung, Luftqualität und Luftqualitätsmanagement die Durchführung des nationalen Luftreinhalteprogramms von besonderem Belang sein dürfte. **Gegebenenfalls werden grenzüberschreitende Konsultationen im Einklang mit dem einschlägigen EU-Recht durchführt.**

5. Vor Annahme der endgültigen Fassung des Entwurfs ihres nationalen Luftreinhalteprogramms **sowie sämtlicher** Aktualisierungen des Programms konsultieren die Mitgliedstaaten in Einklang mit einschlägigem EU-Recht die zuständigen Behörden sämtlicher Ebenen, für die aufgrund ihrer besonderen Umweltzuständigkeit auf den Gebieten Luftverschmutzung, Luftqualität und Luftqualitätsmanagement die Durchführung des nationalen Luftreinhalteprogramms von besonderem Belang sein dürfte. **An den Konsultationen nehmen auch die lokalen bzw. regionalen Behörden teil, die für die Umsetzung von Maßnahmen zur Emissionsminderung in bestimmten Gebieten und/oder Ballungszentren zuständig sind, wobei auch Gebiete und/oder Ballungszentren, die sich auf mindestens zwei Mitgliedstaaten erstrecken, zu berücksichtigen sind.**

## **Änderungsantrag 60**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 6 – Absatz 5 – Unterabsatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*Die Mitgliedstaaten stellen im Einklang mit den geltenden EU-Rechtsvorschriften sicher, dass im Zuge der Erarbeitung und Überprüfung der Entwürfe für nationale Luftreinhalteprogramme sowie der Aktualisierung solcher Programme vor Annahme einer endgültigen Fassung frühzeitig Vertreter der betroffenen Öffentlichkeit konsultiert werden. Gegebenenfalls werden auch grenzüberschreitende Konsultationen im Einklang mit dem einschlägigen EU-Recht einschließlich Artikel 25 der Richtlinie 2008/50/EG durchgeführt.*

## **Änderungsantrag 61**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 6 – Absatz 5 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*5a. Die Mitgliedstaaten ernennen ein eigenes unabhängiges Expertengremium, das den Entwurf der nationalen Luftreinhalteprogramme überprüft, um die Richtigkeit der Angaben und die Eignung der darin festgelegten Strategien und Maßnahmen zu beurteilen. Damit die Öffentlichkeit sich wirklich einbringen kann, werden die Ergebnisse dieser Überprüfung vor der Veröffentlichung des Entwurfs des nationalen Luftreinhalteprogramms öffentlich zugänglich gemacht.*

## **Änderungsantrag 62**

### **Vorschlag für eine Richtlinie**

## Artikel 6 – Absatz 6 – Unterabsatz 1 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Die Kommission gibt Anleitung bezüglich der Maßnahmen zur Senkung der Emissionen, die – wie im Fall von Haushaltsheizungen und Straßenverkehr – nicht in Anhang III Teil 1 enthalten sind, von den Mitgliedstaaten aber in das nationale Luftreinhalteprogramm aufgenommen werden können.***

## Änderungsantrag 63

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 6 – Absatz 8

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

8. Die Kommission **kann** Leitlinien für die Aufstellung und Durchführung der nationalen Luftreinhalteprogramme **veröffentlichen**.

8. Die Kommission **veröffentlicht** Leitlinien für die Aufstellung und Durchführung der nationalen Luftreinhalteprogramme.

## Änderungsantrag 64

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 6 – Absatz 9

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

9. Die Kommission **kann** außerdem in Durchführungsrechtsakten das Format und die notwendigen Angaben für die Luftreinhalteprogramme der Mitgliedstaaten **vorgeben**. Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren des Artikels 14 erlassen.

9. Die Kommission **gibt** außerdem in Durchführungsrechtsakten das Format und die notwendigen Angaben für die Luftreinhalteprogramme der Mitgliedstaaten **vor**. Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren des Artikels 14 erlassen.

*Begründung*

*Ein solcher Durchführungsrechtsakt ist notwendig, damit die nationalen Luftreinhalteprogramme einheitlich strukturiert sind.*

## Änderungsantrag 65

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 6 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 6a**

**Fonds für saubere Luft**

*Damit zur Verwirklichung der Zielsetzungen dieser Richtlinie geeignete Maßnahmen getroffen werden können, sorgt die Kommission dafür, dass Zugang zu finanzieller Unterstützung besteht.*

*Diese finanzielle Unterstützung wird unter anderem über die folgenden Kanäle bereitgestellt:*

*(a) Agrarfinanzierung, einschließlich Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik 2014-2020, die im Rahmen der Halbzeitüberprüfung 2017 dahingehend überarbeitet wurde, dass saubere Luft – unter besonderem Hinweis auf Ammoniak und/oder Methan – als Gemeingut gilt, damit die Mitgliedstaaten und die betreffenden regionalen und lokalen Behörden die Möglichkeit haben, mit entsprechenden Maßnahmen zur Senkung der Emissionen beizutragen und dafür entsprechende Unterstützung erhalten können;*

*(b) künftige Arbeitsprogramme von Horizont 2020, dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation;*

*(c) Europäische Struktur- und Investitionsfonds;*

*(d) Finanzierungsinstrumente für umwelt- und klimapolitische Maßnahmen wie LIFE;*

*(e) eine Kombination der genannten Quellen.*

*Die Kommission stellt sicher, dass die Finanzierungsverfahren unkompliziert, transparent und verschiedenen behördlichen Ebenen zugänglich sind.*

*Die Kommission prüft, ob die Möglichkeit besteht, eine zentrale Anlaufstelle*

*einzurichten, bei der sich die Stellen problemlos über Finanzierungsquellen und Verfahren informieren können, die Projekten mit dem Schwerpunkt Luftverschmutzung zur Verfügung stehen.*

## **Änderungsantrag 66**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 7 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten erstellen für die in Anhang I Tabelle B aufgeführten Schadstoffe gemäß den darin festgelegten Bestimmungen nationale Emissionsinventare und aktualisieren diese jährlich.

*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

*Betrifft nicht die deutsche Fassung.*

## **Änderungsantrag 67**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 7 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**4. Mitgliedstaaten, die die Flexibilitätsregelung gemäß Artikel 5 Absatz 1 anwenden, nehmen in den informativen Inventarbericht des betreffenden Jahres folgende Angaben auf:**

*entfällt*

**(a)** die Menge der NO<sub>x</sub>- SO<sub>2</sub>- und PM<sub>2,5</sub>-Emissionen, die ohne Vorhandensein eines Emissions-Überwachungsgebiets freigesetzt worden wäre;

**(b)** den Umfang der Emissionsreduktionen, die gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c in dem zu dem betreffenden Mitgliedstaat gehörenden Teil des Emissions-Überwachungsgebiets erzielt wurden;

*(c) das Ausmaß, in dem die Mitgliedstaaten diese Flexibilitätsregelung anwenden;*

*(d) zusätzliche Daten, die die Mitgliedstaaten für geeignet halten, damit die Kommission mit Unterstützung der Europäischen Umweltagentur umfassend bewerten kann, unter welchen Bedingungen die Flexibilitätsregelung angewendet wurde.*

## **Änderungsantrag 68**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 7 – Absatz 7**

#### *Vorschlag der Kommission*

7. Die Mitgliedstaaten erstellen die Emissionsinventare, einschließlich berechtigter Emissionsinventare, die Emissionsprognosen und den informativen Inventarbericht in Einklang mit Anhang IV.

#### *Geänderter Text*

7. Die Mitgliedstaaten erstellen die Emissionsinventare, **gegebenenfalls** einschließlich berechtigter Emissionsinventare, die Emissionsprognosen und den informativen Inventarbericht in Einklang mit Anhang IV.

#### *Begründung*

*Die berechtigten Emissionsinventare werden nur erstellt, wenn Mitgliedstaaten sich für die Inanspruchnahme der Flexibilitätsregelung nach Artikel 5 Absatz 3 entscheiden.*

## **Änderungsantrag 69**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 8 – Absatz 1**

#### *Vorschlag der Kommission*

1. **Soweit praktisch möglich sorgen** die Mitgliedstaaten **gemäß den Anforderungen in Anhang V für die Überwachung der** nachteiligen Auswirkungen der Luftverschmutzung auf Ökosysteme.

#### *Geänderter Text*

1. Die Mitgliedstaaten **müssen die** nachteiligen Auswirkungen der Luftverschmutzung auf Ökosysteme **gemäß den Anforderungen nach Anhang V überwachen.**

## Änderungsantrag 70

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 8 – Absatz 2

#### *Vorschlag der Kommission*

2. Die Mitgliedstaaten koordinieren **gegebenenfalls** die Überwachung der Auswirkungen der Luftverschmutzung mit anderen Überwachungsprogrammen, die auf der Grundlage des EU-Rechts, einschließlich der Richtlinie 2008/50/EG und der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates<sup>30</sup>, eingerichtet wurden.

---

<sup>30</sup> Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik, ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1.

#### *Geänderter Text*

2. Die Mitgliedstaaten koordinieren die Überwachung der Auswirkungen der Luftverschmutzung mit anderen Überwachungsprogrammen, die auf der Grundlage des EU-Rechts, einschließlich der Richtlinie 2008/50/EG und der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates<sup>30</sup>, eingerichtet wurden.

---

<sup>30</sup> Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik, ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1.

## Änderungsantrag 71

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 9 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

#### *Vorschlag der Kommission*

1. Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission ihre nationalen Luftreinhalteprogramme **[innerhalb von drei Monaten ab dem in Artikel 17 genannten Zeitpunkt, Datum vom OPOCE einzusetzen]** und aktualisieren sie danach alle zwei Jahre.

#### *Geänderter Text*

1. Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission ihre nationalen Luftreinhalteprogramme **bis zum ...\*** und aktualisieren sie danach alle zwei Jahre.

---

**\* ABl.: Bitte das Datum sechs Monate nach Inkrafttreten dieser Richtlinie einfügen.**

## Änderungsantrag 72

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 9 – Absatz 1 – Unterabsatz 2

#### *Vorschlag der Kommission*

Wird ein nationales Luftreinhalteprogramm gemäß Artikel 6 Absatz 4 aktualisiert, so **teilt** der betreffende Mitgliedstaat **dies** der Kommission innerhalb von zwei Monaten **mit**.

#### *Geänderter Text*

Wird ein nationales Luftreinhalteprogramm gemäß Artikel 6 Absatz 4 aktualisiert, so **übermittelt** der betreffende Mitgliedstaat der Kommission **das aktualisierte Programm** innerhalb von zwei Monaten.

## Änderungsantrag 73

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 9 – Absatz 2 – Unterabsatz 1

#### *Vorschlag der Kommission*

2. Ab 2017 teilen die Mitgliedstaaten der Kommission und der Europäischen Umweltagentur ihre nationalen Emissionsinventare, Emissionsprognosen, räumlich aufgeschlüsselten Emissionsinventare, Inventare großer Punktquellen und Berichte gemäß Artikel 7 Absätze 1, 2 und 3 und gegebenenfalls Artikel 7 Absätze 4, 5 und 6 in Einklang mit den Berichterstattungsfristen in Anhang I mit.

#### *Geänderter Text*

2. Ab 2017 teilen die Mitgliedstaaten der Kommission und der Europäischen Umweltagentur ihre nationalen Emissionsinventare, Emissionsprognosen, räumlich aufgeschlüsselten Emissionsinventare, Inventare großer Punktquellen und Berichte gemäß Artikel 7 Absätze 1, 2 und 3 und gegebenenfalls Artikel 7 Absätze 5 und 6 in Einklang mit den Berichterstattungsfristen in Anhang I mit.

## Änderungsantrag 74

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 9 – Absatz 4 – Einleitung

#### *Vorschlag der Kommission*

4. Mit Unterstützung der Europäischen Umweltagentur und der Mitgliedstaaten überprüft die Kommission regelmäßig die Daten der nationalen Emissionsinventare. Diese Überprüfung umfasst Folgendes:

#### *Geänderter Text*

4. Mit Unterstützung der Europäischen Umweltagentur und der Mitgliedstaaten überprüft die Kommission regelmäßig die Daten der nationalen Emissionsinventare **und die nationalen Luftreinhalteprogramme**. Diese Überprüfung umfasst Folgendes:



## Änderungsantrag 75

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 9 – Absatz 4 – Buchstabe c a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(ca) Kontrollen, in deren Rahmen überprüft wird, ob die nationalen Luftreinhalteprogramme den Anforderungen nach Artikel 6 entsprechen.***

## Änderungsantrag 76

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 9 – Absatz 4 – Unterabsatz 1 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Die Ergebnisse der Überprüfung durch die Kommission werden der Öffentlichkeit im Einklang mit Artikel 11 zugänglich gemacht.***

## Änderungsantrag 77

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 10 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

1. ***Mindestens alle fünf Jahre erstattet*** die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat Bericht über die ***Fortschritte bei der*** Durchführung dieser Richtlinie, ***einschließlich einer Bewertung ihres Beitrags zur Verwirklichung der Ziele dieser Richtlinie.***

1. Die Kommission ***legt*** dem Europäischen Parlament und dem Rat ***ab dem ...\* alle 30 Monate einen*** Bericht über die Durchführung dieser Richtlinie ***vor. In dem Bericht beurteilt die Kommission***

***(a) ihren Beitrag und die Bemühungen der Mitgliedstaaten mit Blick auf die Verwirklichung der Ziele dieser Richtlinie;***

***(b) die Fortschritte, die im Hinblick auf die für 2025 und 2030 angestrebte***

*Senkung der Luftschadstoffemissionen erzielt wurden;*

*(c) die Fortschritte, die im Hinblick auf die im 7. Umweltaktionsprogramm formulierten langfristigen Zielsetzungen zur Verbesserung der Luftqualität erzielt wurden;*

*(d) ob die kritischen Belastungsmengen und Konzentrationen sowie die Richtwerte für Luftqualität der Weltgesundheitsorganisation überschritten werden und*

*(e) die Inanspruchnahme verfügbarer EU-Mittel durch die Mitgliedstaaten, sofern die Mittel zur Bekämpfung der Luftverschmutzung eingesetzt wurden.*

---

*\* ABl. bitte das Datum des Inkrafttretens dieser Richtlinie einfügen.*

## **Änderungsantrag 78**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 10 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*In ihren Berichten über die für 2020, 2025 und 2030 von den Mitgliedstaaten erzielte Senkung der Emissionen gibt die Kommission gegebenenfalls auch die Gründe für die Nichterfüllung der Zielvorgaben an.*

## **Änderungsantrag 79**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 10 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*Wenn aus dem Bericht hervorgeht, dass Mitgliedstaaten nicht in der Lage sind, dem EU-Recht zu entsprechen und die in der Richtlinie 2008/50/EG festgelegten*

*Grenzwerte für die Luftqualität einzuhalten, ist die Kommission gehalten,*

*(a) zu beurteilen, ob die Nichterfüllung der Vorgaben darauf zurückzuführen ist, dass die bei den Quellen der Verschmutzung ansetzenden Luftschutzmaßnahmen der EU einschließlich deren Umsetzung auf der Ebene des Mitgliedstaats nicht greifen;*

*(b) den nach Artikel 14 befassten Ausschuss zu konsultieren und festzustellen, ob neue EU-Rechtsvorschriften zur Begrenzung der Emissionen an der Quelle eingeführt und gegebenenfalls Legislativvorschläge vorgelegt werden müssen, damit die Zielsetzungen dieser Richtlinie erfüllt werden. Jeder entsprechende Vorschlag stützt sich auf eine solide Folgenabschätzung und entspricht den neuesten wissenschaftlichen Daten.*

## **Änderungsantrag 80**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 10 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Die Kommission *erstattet in jedem Fall wie oben vorgesehen über das Jahr 2025 Bericht und nimmt Angaben zur Verwirklichung der in Artikel 4 Absatz 2 genannten Emissionszwischenziele bzw. die Gründe für deren Nichterfüllung in den Bericht auf. Sie prüft*, ob weitere Maßnahmen getroffen werden müssen, und berücksichtigt dabei die sektoralen Folgen deren Durchführung.

*Geänderter Text*

*Auf der Grundlage dieser Berichte prüft die Kommission zusammen mit den Mitgliedstaaten, ob – auch auf der nationalen Ebene – weitere Maßnahmen getroffen werden müssen, und berücksichtigt dabei die sektoralen Folgen deren Durchführung.*

## **Änderungsantrag 81**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 10 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

2. Die Berichte gemäß Absatz 1 **können** eine Bewertung der ökologischen und sozioökonomischen Auswirkungen dieser Richtlinie **einschließen**.

*Geänderter Text*

2. Die Berichte gemäß Absatz 1 **enthalten** eine Bewertung der **gesundheitlichen**, ökologischen und sozioökonomischen Auswirkungen dieser Richtlinie, **einschließlich der Folgen für die Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten und der Kosten bei Nichtumsetzung. Die Kommission macht diese Berichte der Öffentlichkeit zugänglich.**

## **Änderungsantrag 82**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 10 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

#### **Artikel 10a**

**Das Europäische Forum für saubere Luft**  
**Die Kommission richtet ein Europäisches Forum für saubere Luft ein, um die koordinierte Durchführung des Programms „Saubere Luft für Europa“ zu ermöglichen und alle relevanten Akteure, einschließlich der auf allen relevanten Ebenen zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, der Kommission, der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft, alle zwei Jahre zusammenzuführen. Das Forum für saubere Luft überwacht die Erstellung von Leitlinien zur Ausarbeitung und Durchführung nationaler Luftreinhalteprogramme und die Entwicklung der Emissionsreduktionspfade, einschließlich der Bewertung der Berichtspflichten.**

#### *Begründung*

*Gemäß der Mitteilung COM(2013)918 richtet die Kommission ein Europäisches Forum für saubere Luft ein, um die koordinierte Durchführung dieser Richtlinie zu erleichtern. Treffen finden alle zwei Jahre statt. Aufgabe des Forums ist die Erstellung von Leitlinien für die nationalen Behörden, die für die Durchführung der NEC-Richtlinie und anderer EU-*

*Rechtsvorschriften im Bereich Luftqualität zuständig sind.*

### **Änderungsantrag 83**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 11 – Absatz 1 – Buchstabe b a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(ba) Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Erfüllung der länderspezifischen verbindlichen Zielvorgaben in Bezug auf die Senkung der Luftverschmutzung für 2025 und 2030 für die einzelnen Schadstoffe;***

### **Änderungsantrag 84**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 11 – Absatz 1 – Buchstabe b b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(bb) Ergebnisse der Bewertung gemäß Artikel 9 Absatz 4.***

### **Änderungsantrag 85**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 11 – Absatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***2a. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die betroffene Öffentlichkeit Zugang zu administrativen und rechtlichen Verfahren hat, sodass sie bei Handlungen und Unterlassungen zuständiger Behörden oder Privatpersonen im Falle der Nichteinhaltung der Richtlinie Beschwerde erheben können.***

***Im Rahmen der Verfahren stehen entsprechende und wirksame Rechtsmittel, einschließlich einstweiliger Anordnungen, zur Verfügung, und die***

*Verfahren sind angemessen, gerecht, zügig und nicht mit unerschwinglichen Kosten verbunden.*

*Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass Informationen über den Zugang zu diesen Verfahren veröffentlicht werden, und befassen sich mit der Einrichtung angemessener Beihilfesysteme, um die finanziellen oder sonstigen Hürden beim Zugang zu Rechtsmitteln abzubauen oder zu beseitigen.*

## **Änderungsantrag 86**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 11 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

#### **Artikel 11a**

*Die Kommission überprüft diese Richtlinie spätestens 2025 auf der Grundlage der Berichte nach Artikel 10 Absatz 1, um dafür zu sorgen, dass im Hinblick auf die Verwirklichung der von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Werte für die Luftqualität und der im 7. Umweltaktionsprogramm formulierten langfristigen Zielsetzung tatsächlich Fortschritte erreicht werden. Insbesondere schlägt die Kommission gegebenenfalls Änderungen an den nationalen Verpflichtungen zur Senkung der Emissionen nach Anhang II vor, wobei sie dem wissenschaftlichen und technischen Fortschritt Rechnung trägt.*

*Auf der Grundlage der regelmäßigen Berichte im Sinne des Artikels 10 Absatz 1 prüft die Kommission Maßnahmen zur Senkung der Emissionen des internationalen Seeverkehrs, insbesondere in den Hoheitsgewässern der Mitgliedstaaten und den ausschließlichen Wirtschaftszonen, und legt gegebenenfalls einen entsprechenden Legislativvorschlag vor.*

## Änderungsantrag 87

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 12

#### *Vorschlag der Kommission*

Die EU und gegebenenfalls die Mitgliedstaaten gewährleisten die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit mit Drittländern und die Koordinierung innerhalb einschlägiger internationaler Organisationen (z. B. dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE), der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) und der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO)) auf den Gebieten der technischen und wissenschaftlichen Forschung und Entwicklung, auch durch Informationsaustausch, um die Grundlage für Emissionsreduktionen zu verbessern.

#### *Geänderter Text*

Die EU und gegebenenfalls die Mitgliedstaaten gewährleisten die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit mit Drittländern und die Koordinierung innerhalb einschlägiger internationaler Organisationen (z. B. dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE), der **Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)**, der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) und der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO)) auf den Gebieten der technischen und wissenschaftlichen Forschung und Entwicklung, auch durch Informationsaustausch, um die Grundlage für Emissionsreduktionen zu verbessern.  
**Die Mitgliedstaaten führen zu emissionsbedingten Gefahren aufgrund angrenzender Industriegebiete, von denen die Länder gemeinsam betroffen sind, grenzübergreifende Konsultationen durch, und die betroffenen Mitgliedstaaten erarbeiten gemeinsame Pläne zur Senkung oder Beseitigung der Emissionen.**

#### *Begründung*

*Benachbarte Mitgliedstaaten sollten, insbesondere wenn ihre Industriegebiete in Grenznähe liegen, Konsultationen durchführen und gemeinsam Pläne zur Senkung oder Beseitigung der Emissionen aufstellen.*

## Änderungsantrag 88

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 13 – Absatz 2

*Vorschlag der Kommission*

2. Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß Artikel 6 Absatz 7, Artikel 7 Absatz 9 und Artikel 8 Absatz 3 wird der Kommission für einen **unbestimmten** Zeitraum ab **Inkrafttreten dieser Richtlinie** übertragen.

*Geänderter Text*

2. Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß Artikel 6 Absatz 7, Artikel 7 Absatz 9 und Artikel 8 Absatz 3 wird der Kommission für einen Zeitraum **von fünf Jahren ab dem ...** \* übertragen. **Die Kommission erstellt spätestens neun Monate vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren einen Bericht über die Befugnisübertragung. Die Befugnisübertragung verlängert sich stillschweigend um Zeiträume gleicher Länge, es sei denn, das Europäische Parlament oder der Rat widersprechen einer solchen Verlängerung spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums.**

---

**\* ABl. bitte das Datum des Inkrafttretens dieser Richtlinie einfügen.**

## Änderungsantrag 89

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 15

*Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten legen für Verstöße gegen die aufgrund dieser Richtlinie erlassenen nationalen Vorschriften Sanktionen fest und treffen die zu ihrer Anwendung erforderlichen Maßnahmen. Die vorgesehenen Sanktionen müssen wirksam, **verhältnismäßig und abschreckend** sein.

*Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten legen für Verstöße gegen die aufgrund dieser Richtlinie erlassenen nationalen Vorschriften Sanktionen fest und treffen die zu ihrer Anwendung erforderlichen Maßnahmen. Die vorgesehenen Sanktionen müssen wirksam **und angemessen** sein **und abschreckende Wirkung haben. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission diese Maßnahmen spätestens bis zum ...**\* **mit und melden ihr unverzüglich alle Änderungen dieser Maßnahmen.**

---

**\* ABl. bitte das Datum des Inkrafttretens dieser Richtlinie einfügen.**



### *Begründung*

*Die Kommission sollte in der Lage sein, dafür zu sorgen, dass sowohl zwischen als auch innerhalb der Mitgliedstaaten wirksame und verhältnismäßige Sanktionen gelten, zumal Luftverschmutzung keine Grenzen kennt.*

### **Änderungsantrag 90**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 15 – Absatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Unbeschadet des Absatzes 1 geben die Mitgliedstaaten die mit der Einhaltung von Vorschriften verbundenen Lasten nicht an die Behörden weiter, da diese nicht über die strategischen Befugnisse verfügen, die zur Erfüllung der Richtlinie nötig sind.***

### *Begründung*

*Wenn ein Mitgliedstaat gegen seine Verpflichtungen nach der NEC-Richtlinie verstößt, müssen die lokalen Behörden vor den Kosten eines Verletzungsverfahrens geschützt sein, da sie oft nur über begrenzte Haushaltsmittel verfügen.*

### **Änderungsantrag 91**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie Anhang I – Tabelle A– Zeile 5**

*Vorschlag der Kommission*

Vorläufige nationale Emissionen, nach aggregierten NFR-Sektoren <sup>(2)</sup>	- SO <sub>2</sub> , NO <sub>x</sub> , NH <sub>3</sub> , NMVOC, PM <sub>2,5</sub>	<b>Jährlich,</b> Berichtsjahr minus 1 (X-1)	<b>30.09.</b>
--	--	---	---------------

*Geänderter Text*

Vorläufige nationale Emissionen, nach aggregierten NFR-Sektoren <sup>(2)</sup>	- SO <sub>2</sub> , NO <sub>x</sub> , NH <sub>3</sub> , NMVOC, PM <sub>2,5</sub>	<b>Alle zwei Jahre,</b> Berichtsjahr minus 1 (X-1)	<b>31.12.</b>
--	--	--	---------------

## Begründung

*Durch den Vorschlag der Kommission würde der Ablauf der Frist für die Meldung vorläufiger Emissionswerte für das Vorjahr vom 31. Dezember auf den 30. September vorverlegt. Dadurch bleibt nicht genügend Zeit, um Daten zu erheben und deren Qualität sicherzustellen.*

### Änderungsantrag 92

#### Vorschlag für eine Richtlinie Anhang II – Tabelle a

#### Vorschlag der Kommission

Tabelle a: Emissionsreduktionsverpflichtungen für Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>), Stickstoffoxide (NO<sub>x</sub>) und flüchtige organische Verbindungen außer Methan (NMVOC). Kraftstoffverkäufe, Referenzjahr 2005.

Mitgliedstaat	SO <sub>2</sub> -Reduktion gegenüber 2005			NO <sub>x</sub> -Reduktion gegenüber 2005			NMVOC-Reduktion gegenüber 2005		
	Beliebiger Jahr von 2020 bis 2029		Beliebige s Jahr ab 2030	Beliebige s Jahr von 2020 bis 2029		Beliebiger es Jahr ab 2030	Beliebiger es Jahr von 2020 bis 2029		Beliebiger es Jahr ab 2030
<b>Belgien</b>	43%		<b>68%</b>	41%		<b>63%</b>	21%		<b>44%</b>
<b>Bulgarien</b>	78%		<b>94%</b>	41%		<b>65%</b>	21%		<b>62%</b>
<b>Tschechische Republik</b>	45%		<b>72%</b>	35%		<b>66%</b>	18%		<b>57%</b>
<b>Dänemark</b>	35%		<b>58%</b>	56%		<b>69%</b>	35%		<b>59%</b>
<b>Deutschland</b>	21%		<b>53%</b>	39%		<b>69%</b>	13%		<b>43%</b>
<b>Estland</b>	32%		<b>71%</b>	18%		<b>61%</b>	10%		<b>37%</b>
<b>Griechenland</b>	74%		<b>92%</b>	31%		<b>72%</b>	54%		<b>67%</b>
<b>Spanien</b>	67%		<b>89%</b>	41%		<b>75%</b>	22%		<b>48%</b>
<b>Frankreich</b>	55%		<b>78%</b>	50%		<b>70%</b>	43%		<b>50%</b>
<b>Kroatien</b>	55%		<b>87%</b>	31%		<b>66%</b>	34%		<b>48%</b>
<b>Irland</b>	65%		<b>83%</b>	49%		<b>75%</b>	25%		<b>32%</b>
<b>Italien</b>	35%		<b>75%</b>	40%		<b>69%</b>	35%		<b>54%</b>
<b>Zypern</b>	83%		<b>95%</b>	44%		<b>70%</b>	45%		<b>54%</b>

<b>Lettland</b>	8%		<b>46%</b>	32%		<b>44%</b>	27%		<b>49%</b>
<b>Litauen</b>	55%		<b>72%</b>	48%		<b>55%</b>	32%		<b>57%</b>
<b>Luxemburg</b>	34%		<b>44%</b>	43%		<b>79%</b>	29%		<b>58%</b>
<b>Ungarn</b>	46%		<b>88%</b>	34%		<b>69%</b>	30%		<b>59%</b>
<b>Malta</b>	77%		<b>98%</b>	42%		<b>89%</b>	23%		<b>31%</b>
<b>Niederlande</b>	28%		<b>59%</b>	45%		<b>68%</b>	8%		<b>34%</b>
<b>Österreich</b>	26%		<b>50%</b>	37%		<b>72%</b>	21%		<b>48%</b>
<b>Polen</b>	59%		<b>78%</b>	30%		<b>55%</b>	25%		<b>56%</b>
<b>Portugal</b>	63%		<b>77%</b>	36%		<b>71%</b>	18%		<b>46%</b>
<b>Rumänien</b>	77%		<b>93%</b>	45%		<b>67%</b>	25%		<b>64%</b>
<b>Slowenien</b>	63%		<b>89%</b>	39%		<b>71%</b>	23%		<b>63%</b>
<b>Slowakei</b>	57%		<b>79%</b>	36%		<b>59%</b>	18%		<b>40%</b>
<b>Finnland</b>	30%		<b>30%</b>	35%		<b>51%</b>	35%		<b>46%</b>
<b>Schweden</b>	22%		<b>22%</b>	36%		<b>65%</b>	25%		<b>38%</b>
<b>Vereinigtes Königreich</b>	59%		<b>84%</b>	55%		<b>73%</b>	32%		<b>49%</b>
<b>EU-28</b>	59%		<b>81%</b>	42%		<b>69%</b>	28%		<b>50%</b>

*Geänderter Text*

Tabelle a: Emissionsreduktionsverpflichtungen für Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>), Stickstoffoxide (NO<sub>x</sub>) und flüchtige organische Verbindungen außer Methan (NMVOC). Kraftstoffverkäufe, Referenzjahr 2005.

Mitgliedstaat	SO <sub>2</sub> -Reduktion gegenüber 2005			NO <sub>x</sub> -Reduktion gegenüber 2005			NMVOC-Reduktion gegenüber 2005		
	Belieb- iges Jahr von 2020 bis 2024	<i>Belie- biges Jahr von 2025 bis 2029</i>	Beliebi- ges Jahr ab 2030	Belieb- iges Jahr von 2020 bis 2024	<i>Belie- biges Jahr von 2025 bis 2029</i>	Beliebi- ges Jahr ab 2030	Beliebi- ges Jahr von 2020 bis 2024	<i>Beliebi- ges Jahr von 2025 bis 2029</i>	Beliebig- es Jahr ab 2030
<b>Belgien</b>	43%	<b>69%</b>	<b>70%</b>	41%	<b>61%</b>	<b>67%</b>	21%	<b>45%</b>	<b>46%</b>
<b>Bulgarien</b>	78%	<b>93%</b>	<b>94%</b>	41%	<b>64%</b>	<b>68%</b>	21%	<b>61%</b>	<b>64%</b>
<b>Tschechische Republik</b>	45%	<b>70%</b>	<b>74%</b>	35%	<b>63%</b>	<b>70%</b>	18%	<b>55%</b>	<b>58%</b>

<b>Dänemark</b>	35%	<b>58%</b>	<b>64%</b>	56%	<b>66%</b>	<b>72%</b>	35%	<b>58%</b>	<b>60%</b>
<b>Deutschland</b>	21%	<b>48%</b>	<b>54%</b>	39%	<b>65%</b>	<b>71%</b>	13%	<b>42%</b>	<b>44%</b>
<b>Estland</b>	32%	<b>70%</b>	<b>71%</b>	18%	<b>57%</b>	<b>63%</b>	10%	<b>35%</b>	<b>65%</b>
<b>Griechenland</b>	74%	<b>91%</b>	<b>93%</b>	31%	<b>69%</b>	<b>74%</b>	54%	<b>68%</b>	<b>70%</b>
<b>Spanien</b>	67%	<b>89%</b>	<b>89%</b>	41%	<b>72%</b>	<b>78%</b>	22%	<b>48%</b>	<b>49%</b>
<b>Frankreich</b>	55%	<b>78%</b>	<b>80%</b>	50%	<b>68%</b>	<b>74%</b>	43%	<b>49%</b>	<b>52%</b>
<b>Kroatien</b>	55%	<b>86%</b>	<b>87%</b>	31%	<b>65%</b>	<b>70%</b>	34%	<b>52%</b>	<b>56%</b>
<b>Irland</b>	65%	<b>84%</b>	<b>86%</b>	49%	<b>67%</b>	<b>79%</b>	25%	<b>34%</b>	<b>39%</b>
<b>Italien</b>	35%	<b>76%</b>	<b>77%</b>	40%	<b>67%</b>	<b>72%</b>	35%	<b>54%</b>	<b>56%</b>
<b>Zypern</b>	83%	<b>97%</b>	<b>97%</b>	44%	<b>69%</b>	<b>73%</b>	45%	<b>54%</b>	<b>56%</b>
<b>Lettland</b>	8%	<b>50%</b>	<b>50%</b>	32%	<b>38%</b>	<b>49%</b>	27%	<b>58%</b>	<b>60%</b>
<b>Litauen</b>	55%	<b>74%</b>	<b>75%</b>	48%	<b>53%</b>	<b>60%</b>	32%	<b>60%</b>	<b>64%</b>
<b>Luxemburg</b>	34%	<b>46%</b>	<b>48%</b>	43%	<b>76%</b>	<b>82%</b>	29%	<b>58%</b>	<b>59%</b>
<b>Ungarn</b>	46%	<b>87%</b>	<b>88%</b>	34%	<b>68%</b>	<b>74%</b>	30%	<b>57%</b>	<b>60%</b>
<b>Malta</b>	77%	<b>98%</b>	<b>99%</b>	42%	<b>86%</b>	<b>90%</b>	23%	<b>32%</b>	<b>32%</b>
<b>Niederlande</b>	28%	<b>57%</b>	<b>61%</b>	45%	<b>67%</b>	<b>72%</b>	8%	<b>35%</b>	<b>37%</b>
<b>Österreich</b>	26%	<b>53%</b>	<b>57%</b>	37%	<b>71%</b>	<b>77%</b>	21%	<b>48%</b>	<b>50%</b>
<b>Polen</b>	59%	<b>76%</b>	<b>81%</b>	30%	<b>52%</b>	<b>62%</b>	25%	<b>55%</b>	<b>59%</b>
<b>Portugal</b>	63%	<b>79%</b>	<b>80%</b>	36%	<b>70%</b>	<b>75%</b>	18%	<b>47%</b>	<b>47%</b>
<b>Rumänien</b>	77%	<b>92%</b>	<b>93%</b>	45%	<b>65%</b>	<b>71%</b>	25%	<b>64%</b>	<b>66%</b>
<b>Slowenien</b>	63%	<b>90%</b>	<b>90%</b>	39%	<b>68%</b>	<b>75%</b>	23%	<b>64%</b>	<b>65%</b>
<b>Slowakei</b>	57%	<b>79%</b>	<b>80%</b>	36%	<b>57%</b>	<b>63%</b>	18%	<b>40%</b>	<b>42%</b>
<b>Finnland</b>	30%	<b>32%</b>	<b>36%</b>	35%	<b>47%</b>	<b>54%</b>	35%	<b>47%</b>	<b>54%</b>
<b>Schweden</b>	22%	<b>18%</b>	<b>20%</b>	36%	<b>63%</b>	<b>67%</b>	25%	<b>35%</b>	<b>39%</b>
<b>Vereinigtes Königreich</b>	59%	<b>83%</b>	<b>85%</b>	55%	<b>71%</b>	<b>75%</b>	32%	<b>50%</b>	<b>51%</b>
<b>EU-28</b>	59%	<b>80%</b>	<b>83%</b>	42%	<b>66%</b>	<b>72%</b>	28%	<b>50%</b>	<b>53%</b>

### Begründung

*Die nationalen Emissionsreduktionswerte für die Jahre 2025 und 2030 beruhen auf der Folgenabschätzung des Europäischen Parlaments und stellen die kostengünstigste Option dar, wenn die Emissionen unter Berücksichtigung der Klima- und Energiepolitik gesenkt werden sollen.*

### Änderungsantrag 93

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Anhang II – Tabelle b**

*Vorschlag der Kommission*

Tabelle b: Emissionsreduktionsverpflichtungen für Ammoniak (NH<sub>3</sub>), Feinstaub (PM<sub>2,5</sub>) und Methan (CH<sub>4</sub>). Kraftstoffverkäufe, Referenzjahr 2005.

Mitgliedstaat	NH <sub>3</sub> -Reduktion gegenüber 2005		PM <sub>2,5</sub> -Reduktion gegenüber 2005		CH <sub>4</sub> -Reduktion gegenüber 2005	
	Beliebigeres Jahr von 2020 bis 2029	Beliebigeres Jahr ab 2030	Beliebigeres Jahr von 2020 bis 2029	Beliebigeres Jahr ab 2030	Beliebigeres Jahr von 2020 bis 2029	Beliebigeres Jahr ab 2030
<b>Belgien</b>	2%	16%	20%	47%		26%
<b>Bulgarien</b>	3%	10%	20%	64%		53%
<b>Tschechische Republik</b>	7%	35%	17%	51%		31%
<b>Dänemark</b>	24%	37%	33%	64%		24%
<b>Deutschland</b>	5%	39%	26%	43%		39%
<b>Estland</b>	1%	8%	15%	52%		23%
<b>Griechenland</b>	7%	26%	35%	72%		40%
<b>Spanien</b>	3%	29%	15%	61%		34%
<b>Frankreich</b>	4%	29%	27%	48%		25%
<b>Kroatien</b>	1%	24%	18%	66%		31%
<b>Irland</b>	1%	7%	18%	35%		7%
<b>Italien</b>	5%	26%	10%	45%		40%
<b>Zypern</b>	10%	18%	46%	72%		18%
<b>Lettland</b>	1%	1%	16%	45%		37%
<b>Litauen</b>	10%	10%	20%	54%		42%
<b>Luxemburg</b>	1%	24%	15%	48%		27%
<b>Ungarn</b>	10%	34%	13%	63%		55%
<b>Malta</b>	4%	24%	25%	80%		32%

<b>Niederlande</b>	<b>13%</b>		<b>25%</b>	<b>37%</b>		<b>38%</b>		<b>33%</b>
<b>Österreich</b>	<b>1%</b>		<b>19%</b>	<b>20%</b>		<b>55%</b>		<b>20%</b>
<b>Polen</b>	<b>1%</b>		<b>26%</b>	<b>16%</b>		<b>40%</b>		<b>34%</b>
<b>Portugal</b>	<b>7%</b>		<b>16%</b>	<b>15%</b>		<b>70%</b>		<b>29%</b>
<b>Rumänien</b>	<b>13%</b>		<b>24%</b>	<b>28%</b>		<b>65%</b>		<b>26%</b>
<b>Slowenien</b>	<b>1%</b>		<b>24%</b>	<b>25%</b>		<b>70%</b>		<b>28%</b>
<b>Slowakei</b>	<b>15%</b>		<b>37%</b>	<b>36%</b>		<b>64%</b>		<b>41%</b>
<b>Finnland</b>	<b>20%</b>		<b>20%</b>	<b>30%</b>		<b>39%</b>		<b>15%</b>
<b>Schweden</b>	<b>15%</b>		<b>17%</b>	<b>19%</b>		<b>30%</b>		<b>18%</b>
<b>Vereinigtes Königreich</b>	<b>8%</b>		<b>21%</b>	<b>30%</b>		<b>47%</b>		<b>41%</b>
<b>EU-28</b>	<b>6%</b>		<b>27%</b>	<b>22%</b>		<b>51%</b>		<b>33%</b>

*Geänderter Text*

Tabelle b: Emissionsreduktionsverpflichtungen für Ammoniak (NH<sub>3</sub>), Feinstaub (PM<sub>2,5</sub>) und Methan (CH<sub>4</sub>). Kraftstoffverkäufe, Referenzjahr 2005.

Mitgliedstaat	NH <sub>3</sub> -Reduktion gegenüber 2005			PM <sub>2,5</sub> -Reduktion gegenüber 2005			CH <sub>4</sub> -Reduktion gegenüber 2005	
	Beliebtes Jahr von 2020 bis 2024	Beliebtes Jahr von 2025 bis 2029	Beliebtes Jahr ab 2030	Beliebtes Jahr von 2020 bis 2024	Beliebtes Jahr von 2025 bis 2029	Beliebtes Jahr ab 2030		Beliebtes Jahr ab 2030
<b>Belgien</b>	2%	<b>16%</b>	<b>17%</b>	20%	<b>48%</b>	<b>50%</b>		26%
<b>Bulgarien</b>	3%	<b>11%</b>	<b>10%</b>	20%	<b>64%</b>	<b>70%</b>		53%
<b>Tschechische Republik</b>	7%	<b>35%</b>	<b>36%</b>	17%	<b>51%</b>	<b>59%</b>		31%
<b>Dänemark</b>	24%	<b>37%</b>	<b>38%</b>	33%	<b>61%</b>	<b>67%</b>		24%
<b>Deutschland</b>	5%	<b>46%</b>	<b>47%</b>	26%	<b>42%</b>	<b>46%</b>		39%
<b>Estland</b>	1%	<b>10%</b>	<b>10%</b>	15%	<b>51%</b>	<b>74%</b>		23%
<b>Griechenland</b>	7%	<b>28%</b>	<b>28%</b>	35%	<b>71%</b>	<b>73%</b>		40%

<b>Spanien</b>	3%	<b>29%</b>	<b>30%</b>	15%	<b>63%</b>	<b>64%</b>		34%
<b>Frankreich</b>	4%	<b>31%</b>	<b>32%</b>	27%	<b>46%</b>	<b>52%</b>		25%
<b>Kroatien</b>	1%	<b>27%</b>	<b>29%</b>	18%	<b>67%</b>	<b>71%</b>		31%
<b>Irland</b>	1%	<b>11%</b>	<b>14%</b>	18%	<b>35%</b>	<b>44%</b>		7%
<b>Italien</b>	5%	<b>29%</b>	<b>29%</b>	10%	<b>44%</b>	<b>56%</b>		40%
<b>Zypern</b>	10%	<b>21%</b>	<b>21%</b>	46%	<b>73%</b>	<b>74%</b>		18%
<b>Lettland</b>	1%	<b>3%</b>	<b>4%</b>	16%	<b>56%</b>	<b>63%</b>		37%
<b>Litauen</b>	10%	<b>4%</b>	<b>1%</b>	20%	<b>57%</b>	<b>65%</b>		42%
<b>Luxemburg</b>	1%	<b>25%</b>	<b>25%</b>	15%	<b>48%</b>	<b>50%</b>		27%
<b>Ungarn</b>	10%	<b>38%</b>	<b>38%</b>	13%	<b>63%</b>	<b>66%</b>		55%
<b>Malta</b>	4%	<b>25%</b>	<b>28%</b>	25%	<b>80%</b>	<b>81%</b>		32%
<b>Niederlande</b>	13%	<b>24%</b>	<b>26%</b>	37%	<b>40%</b>	<b>42%</b>		33%
<b>Österreich</b>	1%	<b>20%</b>	<b>19%</b>	20%	<b>56%</b>	<b>59%</b>		20%
<b>Polen</b>	1%	<b>28%</b>	<b>29%</b>	16%	<b>37%</b>	<b>53%</b>		34%
<b>Portugal</b>	7%	<b>22%</b>	<b>20%</b>	15%	<b>70%</b>	<b>71%</b>		29%
<b>Rumänien</b>	13%	<b>25%</b>	<b>25%</b>	28%	<b>64%</b>	<b>69%</b>		26%
<b>Slowenien</b>	1%	<b>25%</b>	<b>26%</b>	25%	<b>76%</b>	<b>77%</b>		28%
<b>Slowakei</b>	15%	<b>41%</b>	<b>41%</b>	36%	<b>63%</b>	<b>66%</b>		41%
<b>Finnland</b>	20%	<b>17%</b>	<b>17%</b>	30%	<b>41%</b>	<b>48%</b>		15%
<b>Schweden</b>	15%	<b>18%</b>	<b>18%</b>	19%	<b>35%</b>	<b>44%</b>		18%
<b>Vereinigtes Königreich</b>	8%	<b>22%</b>	<b>22%</b>	30%	<b>48%</b>	<b>50%</b>		41%
<b>EU-28</b>	6%	<b>29%</b>	<b>30%</b>	22%	<b>51%</b>	<b>58%</b>		33%

### *Begründung*

*Die nationalen Emissionsreduktionswerte für NH<sub>3</sub> und PM<sub>2,5</sub> für die Jahre 2025 und 2030 beruhen auf der Folgenabschätzung des Europäischen Parlaments und stellen die kostengünstigste Option dar, wenn die Emissionen unter Berücksichtigung der Klima- und Energiepolitik gesenkt werden sollen. Was Methan betrifft, wird der Vorschlag der Kommission beibehalten.*

### **Änderungsantrag 94**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

## Anhang II – Tabelle b a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Tabelle ba:  
Emissionsreduktionsverpflichtungen für  
Quecksilber (Hg) gegenüber 2005\****

***Beliebiges Jahr von 2025 bis 2029***

***Beliebiges Jahr ab 2030***

***\*Die Werte werden nach der Methode festgelegt, die in der Studie des Wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments „Air Quality – Complementary Impact Assessment on interactions between EU air quality policy and climate and energy policy“ empfohlen wird: dem klima- und energiepolitischen Szenario zur 75%igen Lückenschließung, einschließlich des in der Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum 2020-2030“ für 2030 festgelegten Klima- und Energiepakets der EU.***

## Änderungsantrag 95

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Anhang III – Teil 1 – Abschnitt A – Nummer 1 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(a) Stickstoffmanagement unter Berücksichtigung des gesamten Stickstoffkreislaufs,

(a) Stickstoffmanagement, unter Berücksichtigung des gesamten Stickstoffkreislaufs ***und einschließlich Plänen für Boden- und Nährstoffbewirtschaftung,***

## Änderungsantrag 96

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Anhang III – Teil 1 – Abschnitt A – Nummer 1 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(c) emissionsarme Ausbringungsverfahren

(c) emissionsarme Ausbringungsverfahren



für Dung,

für Dung *einschließlich Verfahren zur Trennung fester und flüssiger Bestandteile,*

### **Änderungsantrag 97**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Anhang III – Teil 1 – Abschnitt A – Nummer 1 – Buchstabe e**

##### *Vorschlag der Kommission*

(e) emissionsarme Systeme für die Verarbeitung und Kompostierung von Dung,

##### *Geänderter Text*

(e) emissionsarme Systeme für die Verarbeitung und Kompostierung von Dung, *einschließlich Trennung fester und flüssiger Bestandteile;*

### **Änderungsantrag 98**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Anhang III – Teil 1 – Abschnitt A – Nummer 1 – Buchstabe g a (neu)**

##### *Vorschlag der Kommission*

##### *Geänderter Text*

*(ga) Förderung von Weidewirtschaft und extensiver Landwirtschaft sowie Stärkung der biologischen Vielfalt in der Weidewirtschaft durch Pflanzen mit einem hohen Anteil von Aminosäuren wie Klee, Luzerne, Getreide,*

##### *Begründung*

*Durch Futterpflanzen mit einem hohen Aminosäure- oder Proteingehalt auf den Weiden (z. B. durch Ausbringung entsprechender Beisat auf Wechselgrünland) lässt sich die Fruchtbarkeit des Bodens steigern und eine Kosteneinsparung bei Futtermitteln (z. B. durch Sojaeinfuhren) erzielen.*

### **Änderungsantrag 99**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Anhang III – Teil 1 – Abschnitt A – Nummer 1 – Buchstabe g b (neu)**

##### *Vorschlag der Kommission*

##### *Geänderter Text*

*(gb) Förderung von Fruchtfolgen, die stickstoffbindenden Kulturpflanzen*

*enthalten,*

### *Begründung*

*Durch stärker ganzheitlich ausgerichtete landwirtschaftliche Methoden lassen sich die Ammoniakemissionen stark beeinflussen und zudem weitere wesentliche ökologische Vorteile (für Boden, Artenvielfalt, Wasser) erzielen. Mit Verfahren wie Fruchtwechsel kann die Bodenqualität verbessert und die Abhängigkeit der Landwirte von Kunstdünger verringert werden. Die extensive Beweidung kann zur Verbesserung der Biodiversität sowie zur Verringerung von Treibhausgasemissionen und Luftverschmutzung beitragen und sich positiv auf das Wohlergehen der Tiere auswirken.*

### **Änderungsantrag 100**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Anhang III – Teil 1 – Abschnitt A – Nummer 1 – Buchstabe g c (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(gc) Förderung des agrarökologischen Landbaus im Interesse landwirtschaftlicher Systeme mit einer hohen biologischen Diversität und Ressourceneffizienz und geringer Abhängigkeit – bzw. im Idealfall Unabhängigkeit – von chemischen Stoffen.***

### **Änderungsantrag 101**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Anhang III – Teil 1 – Abschnitt A – Nummer 3 – Buchstabe d**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(d) anorganische Düngemittel werden im Einklang mit dem vorhersehbaren Stickstoff- und Phosphorbedarf der gedüngten Kulturpflanzen oder Grünflächen ausgebracht, wobei auch dem vorhandenen Nährstoffgehalt des Bodens und den Nährstoffen aus anderen Düngemitteln Rechnung getragen wird.

(d) anorganische Düngemittel werden ***möglichst weitgehend durch organische Düngemittel ersetzt. Wenn weiter anorganische Düngemittel verwendet werden, werden sie*** im Einklang mit dem vorhersehbaren Stickstoff- und Phosphorbedarf der gedüngten Kulturpflanzen oder Grünflächen ausgebracht, wobei auch dem vorhandenen Nährstoffgehalt des Bodens und den Nährstoffen aus anderen Düngemitteln Rechnung getragen wird.

## Änderungsantrag 102

### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Anhang III – Teil 1 – Abschnitt A – Nummer 4 – Buchstabe a – Einleitung

##### *Vorschlag der Kommission*

(a) **Verringerung** der Emissionen infolge der Ausbringung von Gülle und Festmist auf Acker- und Grünland durch Anwendung von Verfahren, mit denen sich die Ammoniakemissionen um mindestens 30 % im Vergleich zu dem im Ammoniakleitfaden genannten Referenzverfahren verringern lassen, wobei folgende Bedingungen gelten:

##### *Geänderter Text*

(a) **Senkung** der Emissionen infolge der Ausbringung von Gülle und Festmist auf Acker- und Grünland durch Anwendung von Verfahren, mit denen sich die Ammoniakemissionen um mindestens 30 % im Vergleich zu dem im Ammoniakleitfaden genannten Referenzverfahren verringern lassen, wobei folgende Bedingungen gelten:

## Änderungsantrag 103

### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Anhang III – Teil 1 – Abschnitt A – Nummer 4 – Buchstabe a – Ziffer ii

##### *Vorschlag der Kommission*

ii) Festmist und Gülle **werden nicht ausgebracht**, wenn der zu düngende Boden wassergesättigt, überflutet, gefroren oder schneebedeckt ist;

##### *Geänderter Text*

ii) **keine Ausbringung von** Festmist und Gülle, wenn der zu düngende Boden wassergesättigt, überflutet, gefroren oder schneebedeckt ist;

## Änderungsantrag 104

### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Anhang III – Teil 1 – Abschnitt A – Nummer 4 – Buchstabe b – Einleitung

##### *Vorschlag der Kommission*

(b) **Verringerung von** Emissionen aus außerhalb von Ställen gelagertem Dung nach folgendem Verfahren:

##### *Geänderter Text*

(b) **Senkung der** Emissionen aus außerhalb von Ställen gelagertem Dung nach folgendem Verfahren:

## Änderungsantrag 105

## Vorschlag für eine Richtlinie

### Anhang III – Teil 1 – Abschnitt A – Nummer 4 – Buchstabe b – Ziffer i

#### *Vorschlag der Kommission*

i) für nach dem 1. Januar 2022 angelegte Güllelager **werden emissionsarme** Lagersysteme oder -techniken **verwendet**, mit denen sich die Ammoniakemissionen nachweislich um mindestens 60 % im Vergleich zu dem im Ammoniakleitfaden genannten Referenzverfahren verringern lassen; für bereits bestehende Güllelager beträgt dieser Wert 40 %;

#### *Geänderter Text*

i) für nach dem 1. Januar 2022 angelegte Güllelager **Verwendung emissionsarmer** Lagersysteme oder -techniken, mit denen sich die Ammoniakemissionen nachweislich um mindestens 60 % im Vergleich zu dem im Ammoniakleitfaden genannten Referenzverfahren verringern lassen; für bereits bestehende Güllelager beträgt dieser Wert 40 %;

## Änderungsantrag 106

### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Anhang III – Teil 1 – Abschnitt A – Nummer 4 – Buchstabe c

#### *Vorschlag der Kommission*

(c) **Verringerung von** Emissionen aus Ställen durch Verwendung von Systemen, mit denen sich die Ammoniakemissionen nachweislich um mindestens 20 % im Vergleich zu dem im Ammoniakleitfaden genannten Referenzverfahren verringern lassen.

#### *Geänderter Text*

(c) **Senkung der** Emissionen aus Ställen durch Verwendung von Systemen, mit denen sich die Ammoniakemissionen nachweislich um mindestens 20 % im Vergleich zu dem im Ammoniakleitfaden genannten Referenzverfahren verringern lassen.

#### *Begründung*

*Sprachliche Änderung des Ausgangstexts – keine Abstimmung.*

## Änderungsantrag 107

### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Anhang III – Teil 1 – Abschnitt A – Nummer 4 – Buchstabe d

#### *Vorschlag der Kommission*

(d) **Verringerung von** Emissionen aus Mist durch Strategien der eiweißreduzierten Fütterung, mit denen sich die Ammoniakemissionen nachweislich um mindestens 10 % im Vergleich zu dem im Ammoniakleitfaden genannten Referenzverfahren verringern lassen.

#### *Geänderter Text*

(d) **Senkung der** Emissionen aus Mist durch Strategien der eiweißreduzierten Fütterung, mit denen sich die Ammoniakemissionen nachweislich um mindestens 10 % im Vergleich zu dem im Ammoniakleitfaden genannten Referenzverfahren verringern lassen.

## **Änderungsantrag 108**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Anhang III – Teil 1 – Abschnitt A a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

#### ***Ab. Maßnahmen zur Begrenzung der Stickstoffoxid- und Feinstaubemissionen in Stadtgebieten***

***Nach Konsultation der lokalen und regionalen Behörden prüfen die Mitgliedstaaten die folgenden Maßnahmen:***

- Pläne für einen nachhaltigen städtischen Verkehr, einschließlich Maßnahmen wie Niedrigemissionszonen, Verkehrsüberlastungsgebühren, Parkraummanagement, Geschwindigkeitsbegrenzungen, Car-Sharing-Systeme und Ausbau alternativer Ladeinfrastrukturen,***
- Förderung des Umstiegs auf andere Verkehrsträger zur Erhöhung des Anteils der Radfahrer, Fußgänger und Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel,***
- Pläne für einen nachhaltigen städtischen Güterverkehr, wie Aufbau von Konsolidierungszentren sowie Maßnahmen zur Förderung einer Verlegung des regionalen Güterverkehrs von der Straße auf Schiene und Wasserwege,***
- Nutzung des Planungssystems zur Senkung der Emissionen durch Neuentwicklungen und Kesselsysteme, Umrüstung bestehender Gebäude zur Erhöhung der Energieeffizienz,***
- Umrüstungsmaßnahmen zur Förderung des Austauschs alter Feuerungsanlagen in Privathaushalten sowie von Maßnahmen zur besseren Gebäudedämmung, des Einsatzes von Wärmepumpen, leichtem Heizöl, neuer Holzpellettheizungen, von Fernwärme oder Gas,***

- *wirtschaftliche und steuerliche Anreize zur Förderung des Einbaus emissionsarmer Heizungsanlagen,*
- *Verbot der Verbrennung fester Brennstoffe in Stadtgebieten und anderen sensiblen Gebieten zum Schutz der Gesundheit gefährdeter Gruppen wie Kinder,*
- *Begrenzung der durch Baumaßnahmen bedingten Emissionen auf ein Minimum durch Einführung und Stärkung der Maßnahmen zur Verringerung und Überwachung von Baustaub sowie Festlegung von Emissionsgrenzwerten für mobile Maschinen und Geräte,*
- *Überarbeitung der Kraftfahrzeugsteuersätze unter dem Gesichtspunkt der höheren Emissionen von Fahrzeugen mit Diesel- oder Direkteinspritzmotor im praktischen Fahrbetrieb zur Förderung des Verkaufs umweltfreundlicherer Fahrzeuge,*
- *Anreize im öffentlichen Beschaffungswesen und steuerliche Anreize im Sinne einer frühzeitigen Markteinführung von Fahrzeugen mit sehr niedrigen Emissionen,*
- *Förderung der Nachrüstung von Dieselmotoren, Lkw, Bussen und Taxis mit Partikelfiltern der Klasse IV entsprechend der einschlägigen UNECE-Regelung,*
- *Regulierung der Emissionen von Baumaschinen und anderen mobilen Maschinen und Geräten bei Einsatz in dicht besiedelten Gebieten (auch durch Nachrüstung),*
- *Sensibilisierungskampagnen und Warnmeldungen.*

## **Änderungsantrag 109**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Anhang III – Teil 1 – Abschnitt C a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**Ca. Emissionsreduktionsmaßnahmen zur Begrenzung von Kohlenwasserstoffemissionen**

**Die Mitgliedstaaten verringern die Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen außer Methan (NMVOC) durch Förderung des Einsatzes moderner, emissionsdichter Schlauchtechnologien, die in verschiedenen Sektoren zum Einsatz kommen.**

*Begründung*

*Herkömmliche Tankschläuche sind nicht völlig dicht. Dadurch entweichen Kohlenwasserstoffe, die bodennahes Ozon erzeugen können. Laut einer Hochrechnung beläuft sich der Kohlenwasserstoffaustritt an Tankstellen in Europa auf etwa 45 Millionen Liter pro Jahr. Diese Kohlenwasserstoffemissionen wären mit modernen, emissionsdichten Betankungssystemen vermeidbar.*

## **Änderungsantrag 110**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Anhang III – Teil 2 – Nummer 1 – Buchstabe a – Ziffer i**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

i) Politikprioritäten und ihr Bezug zu Prioritäten in anderen Politikbereichen, einschließlich *der Klimapolitik*;

i) Politikprioritäten und ihr Bezug zu Prioritäten in anderen Politikbereichen, einschließlich **Landwirtschaft, Wirtschaft im ländlichen Raum, Industrie, Mobilität und Verkehr, Naturschutz und Klimaschutz**;

*Begründung*

*In diesem Zusammenhang sind mit mehr Bereichen als nur der Klimapolitik Überschneidungen und Synergien möglich. Deshalb müssen an dieser Stelle auch Landwirtschaft, Industrie, Wirtschaft im ländlichen Raum und Naturschutz genannt werden.*

## **Änderungsantrag 111**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Anhang III – Teil 2 – Nummer 1 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

(b) die Politikoptionen, die für die Erfüllung der Emissionsreduktionsverpflichtungen für 2020, 2030 **und danach sowie der für 2025 vorgegebenen Emissionszwischenziele** und zur weiteren Verbesserung der Luftqualität in Betracht gezogen werden, sowie die Analyse dieser Optionen und die angewandte Analysemethode; die einzelnen oder kombinierten Auswirkungen der Strategien und Maßnahmen auf die Emissionsreduktion, die Luftqualität und die Umwelt sowie die damit verbundenen Unsicherheiten,

*Geänderter Text*

(b) die Politikoptionen, die für die Erfüllung der Emissionsreduktionsverpflichtungen für 2020, **2025 und** 2030 zur weiteren Verbesserung der Luftqualität in Betracht gezogen werden, sowie die Analyse dieser Optionen und die angewandte Analysemethode; die einzelnen oder kombinierten Auswirkungen der Strategien und Maßnahmen auf die Emissionsreduktion, die Luftqualität und die Umwelt sowie die damit verbundenen Unsicherheiten;

## Änderungsantrag 112

### Vorschlag für eine Richtlinie Anhang III – Teil 2 – Nummer 1 – Buchstabe d

*Vorschlag der Kommission*

(d) **gegebenenfalls** eine Erläuterung der **Gründe, weswegen die Emissionszwischenziele für 2025 nicht erreicht werden können, ohne Maßnahmen zu treffen, die unverhältnismäßige Kosten verursachen;**

*Geänderter Text*

(d) eine Erläuterung der **zur Erfüllung der nationalen Emissionsreduktionsverpflichtungen getroffenen** Maßnahmen;

## Änderungsantrag 113

### Vorschlag für eine Richtlinie Anhang III – Teil 2 – Buchstabe 1 – Buchstabe d a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

**(da) eine Erläuterung der Methode, mit der sichergestellt werden soll, dass die Senkung der Rußemissionen im Rahmen der Maßnahmen zur Erfüllung der nationalen Verpflichtungen zur Senkung der PM<sub>2,5</sub>-Emissionen Vorrang hat;**

*Geänderter Text*



## Änderungsantrag 114

### Vorschlag für eine Richtlinie Anhang III – Teil 2 – Nummer 1 – Buchstabe e

#### *Vorschlag der Kommission*

(e) eine Bewertung der Art und Weise, **auf die ausgewählte** Strategien und Maßnahmen Kohärenz mit Plänen und Programmen in anderen wichtigen Politikbereichen **gewährleisten**.

#### *Geänderter Text*

(e) eine Bewertung der Art und Weise, **wie bei bestimmten** Strategien und Maßnahmen **die** Kohärenz mit Plänen und Programmen in anderen wichtigen Politikbereichen **sichergestellt wird, insbesondere, ohne darauf beschränkt zu sein, mit den Luftqualitätsplänen gemäß der Richtlinie 2008/50/EG, den nationalen Übergangsplänen und Inspektionsplänen gemäß der Richtlinie 2010/75/EG, den nationalen Energieeffizienz-Aktionsplänen gemäß der Richtlinie 2012/27/EU, den nationalen Aktionsplänen für erneuerbare Energie gemäß der Richtlinie 2009/28/EG sowie den einschlägigen Plänen oder Programmen, die den Bestimmungen der Richtlinie 2001/42/EG oder gleichwertigen Bestimmungen in Folgevorschriften unterliegen**.

## Änderungsantrag 115

### Vorschlag für eine Richtlinie Anhang III – Teil 2 – Nummer 2 – Buchstabe a

#### *Vorschlag der Kommission*

(a) eine Bewertung der mit der Durchführung des Programms, der Emissionsminderung und der Verringerung der Schadstoffkonzentrationen erzielten Fortschritte;

#### *Geänderter Text*

(a) eine Bewertung der mit der Durchführung des Programms, der Emissionsminderung und der Verringerung der Schadstoffkonzentrationen erzielten Fortschritte **und der damit verbundenen ökologischen, die öffentliche Gesundheit betreffenden und sozioökonomischen Vorteile**;

## Begründung

*Umfassendere Informationen zu den Folgen der Luftverschmutzung werden zu einem stärkeren Engagement der Öffentlichkeit für Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung und insbesondere für die Ausarbeitung und Durchführung von nationalen Luftreinhaltprogrammen beitragen.*

### Änderungsantrag 116

#### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Anhang III – Teil 2 – Nummer 2 – Buchstabe b

##### *Vorschlag der Kommission*

(b) alle wichtigen Veränderungen des politischen Kontextes, der Bewertungen, des Programms oder des Durchführungszeitplans.

##### *Geänderter Text*

(b) alle wichtigen Veränderungen des politischen Kontextes, der Bewertungen **(einschließlich der Ergebnisse der gemäß Artikel 6 Absatz 2b durchgeführten Inspektionen und Marktüberwachungsmaßnahmen)**, des Programms oder des Durchführungszeitplans.

### Änderungsantrag 117

#### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Anhang III – Teil 2 – Nummer 2 – Buchstabe b a (neu)

##### *Vorschlag der Kommission*

##### *Geänderter Text*

**(ba) eine Bewertung der Fortschritte bei der Erfüllung der langfristigen Ziele der Union in den Bereichen Umwelt und Gesundheit unter dem Gesichtspunkt etwa notwendiger Anpassungen dieser Zielsetzungen, auch in Bezug auf etwaige neue Luftqualitätsleitlinien der Weltgesundheitsorganisation;**

### Änderungsantrag 118

#### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Anhang III – Teil 2 – Nummer 2 – Buchstabe b b (neu)

***(bb) Wenn ein nationales Luftreinhalteprogramm gemäß Artikel 6 Absatz 4 aktualisiert wird, muss es auch Informationen zu allen zusätzlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung enthalten, deren Umsetzung im Zusammenhang mit der Erfüllung der Emissionsreduktionsverpflichtungen und Luftqualitätsziele, einschließlich der Maßnahmen nach Anhang III dieser Richtlinie und nach Anhang XV Abschnitt B Nummer 3 der Richtlinie 2008/50/EG, auf der entsprechenden lokalen, regionalen oder nationalen Ebene in Betracht gezogen wurde.***